

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.80, monatlich 55 Pfg. Postgebühren Nr. 4039 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Spalte oder deren Raum 15 Pfg., für Sammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 169.

Donnerstag, den 23. Juli 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Sächsische Wahlreform!

Wp. Die sächsische Regierung will das Wahlrecht reformieren, sie will es — so erklärt sie — demokratischer gestalten. Wenn die sächsische Regierung das tut, so geschieht es, nicht weil sie auf einmal liberal geworden ist. Sie thut es, weil sie mit dem Dreiklassen-Landtag nicht mehr regieren kann. Die staatsbehaltenden Parteien erklärten, die Sozialdemokratie störe sie an ihrem positiven Schaffen, — sieben Jahre ohne Sozialdemokratie, und der Staatskarran ist so verfahren, daß die Regierung selbst die Zügel fallen läßt. Es geht also nicht mehr mit der Sozialdemokratie, und ohne die Sozialdemokratie geht es erst recht nicht. Mit der Sozialdemokratie wurde aus dem Landtage jedes allgemeine Interesse, jeder höhere Gesichtspunkt vertrieben. Kaum waren die Vertreter der Besitzenden und Gebildeten allein unter einander, so begann ein schamloses Kaufen und Würgen um Klaueninteressen. Die Sozialdemokratie hat sich ja gerade dadurch unliebsam gemacht, daß sie hartnäckig in jeder Frage das Volksinteresse suchte. Nun war man den bösen Kritiker los und konnte sich gehen lassen. Schließlich plakten die agrarischen und die industriellen Interessen aufeinander. Das Land ist durch und durch industriell, aber dank dem Dreiklassen-Wahlrecht führen im Landtage die Agrarier die absolute Herrschaft. Die Regierung geriet in eine Zwischmühle: wollte sie die Interessen des industriellen und kaufmännischen Kapitals wahrnehmen, so bekam sie den Landtag gegen sich, und wollte sie mit dem Landtag gehen — was sie auch that — so erbitterte sie gegen sich die gefammte Bourgeoisie.

Die Regierung läßt sich entschuldigen: sie hätte nicht gemußt, daß das neue Wahlrecht die Massen von der Vertretung ausschließe. Selbst wenn man dieser Vethuerung Glauben schenken wollte, so war es denn nicht die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, zu wissen, was folgen wird? Jetzt probirt sie es mit dem Wahlgesetz, morgen mit einem Zollgesetz, einem Finanzgesetz, einer Steuer — und wenn das Land in Unglück geführt wird und ein wilder Aufruhr entzündet wird, erklärt die Regierung: sie habe es ganz harmlos und ahnungslos ins Werk gesetzt. Ueberdies, wie kann sich die Regierung auf Unkenntnis berufen, da ihr die Sozialdemokratie tausendmal klargelegt hat, was kommen wird? Daß die Regierung es diesmal zugeht, die Sozialdemokratie hätte Recht gehabt, das notiren wir uns. Die Sozialdemokratie hat Recht auch noch in manchen anderen Fällen, in denen ihr Schwarzmalerei vorgeworfen wird. Schließlich weiß es ja alle Welt, daß es der Zweck der Reform war, die Sozialdemokratie zu entfernen. Darüber war sich die Regierung durchaus im Klaren, was sie sich aber nicht recht hat vorstellen können, ist die agrarische Herrschaft, die dem Dreiklassenwahlrecht entsprang. Das ist der springende Punkt.

Die geplante Neugestaltung des sächsischen Wahlrechts ist ein Schlagzug gegen die Agrarier. Die liberale Bourgeoisie, die erst das Wahlrecht der Reaktion ausgeliefert hat, jammerte längst, daß sie sich selbst dadurch um jeden politischen Einfluß gebracht habe. Die Handelskammern faßten langatmige Resolutionen gegen das Dreiklassenwahlrecht. Aber erst die Reichstagswahlen brachten die Entscheidung. Zunächst mußte das gewaltige Anschwellen der Sozialdemokratie selbst dem bornirtesten Reaktions Respekt einjagen. Sodann haben die Wahlen die Schwäche der Agrarier aufgedeckt. Dazu gehört auch die Herdrückung des Antisemitismus. Das gab der Regierung den Muth, sich zu entschließen. Sie hat die neue Wahlreform angekündigt, unter dem Beifall der Liberalen; was daraus werden wird, bleibt abzuwarten.

Sieht man sich die Triebfedern dieser neuen Wahlreform an, so wird man von ihr nichts Gutes erwarten. Die Regierung ist einverstanden, dem industriellen Kapital eine Vertretung gegenüber den Agrariern zu sichern, das ist alles. Man wird es so zu machen suchen, daß die Arbeiter dabei möglichst schlecht wegkommen. Derartige Vorschläge sind bereits gemacht worden. Die Einen projektirten Pluralwahlkreise, die anderen Ausschließung der städtischen Wahlkreise. Ja, die Bourgeoisie zeigt sich sogar bereit, sich mit etlichen Sitzen in der Ersten Kammer abfinden zu lassen.

Aber die Frage der Wahlreform ist von der Regierung selbst in Fluß gebracht worden — jetzt gilt es, die Dinge weiter zu treiben. Die öffentliche Meinung ist dadurch, daß die Regierung sich selbst ins Unrecht gesetzt hat, mächtig aufgerüttelt worden. Das muß ausgenützt werden. Die nächste Gelegenheit dazu bieten die Wahlen zum Landtag.

Die Zeit ist gekommen, wo unsere Vethelligung an den sächsischen Landtagswahlen beim neuen Wahlrecht ihre Früchte tragen wird. Schon jetzt ist klar, daß das vollständige

Stossto des Systems nur dadurch erreicht worden war, daß wir uns an den Wahlen betheiligten. Sonst würde man es dem Verzicht seitens der Sozialdemokratie zuschreiben, daß die Arbeiter ohne Vertreter im Landtage bleiben, und nach wie vor so thun, als wenn das Wahlrecht selbst diese Vertretung nicht ausschließe. Auch würde wahrscheinlich, wenn die Sozialdemokratie die dritte Wählerklasse den bürgerlichen Parteien ausgeliefert hätte, die Vertretung der Industrie sich weniger ungünstig gestaltet haben. Es war uns stets ein deprimirender Eindruck bei den Dreiklassenwahlen, daß man die großen Stimmengruppen, die wir aufgebracht hatten, durch ein Rechenkunststück wirkungslos machte. Aber diese traffe Ungerechtigkeit hat zugleich die weitesten Massen über das neue Wahlrecht aufgeklärt. Wie nötig das war, erweist man daraus, das noch immer selbst in der entdreteten dritten Wählerklasse viele Stimmen für das reaktionäre Kartell abgegeben werden. Das soll jetzt aufhören. Wir müssen unseren Ehrgeiz darauf setzen, daß bei den nächsten Wahlen die dritte Wählerklasse durchweg sozialdemokratisch wählt.

Unsere Lösung ist: Her mit dem allgemeinen, direkten, gleichen Wahlrecht! Und — nieder mit dem Kartell!

Es ist zwar schwach um das Kartell. Es hat uns eminent genügt. Es hat die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien aufgerieben. Liberal und konservativ wurde dasselbe. Den Arbeitern wurden die Augen geöffnet und auch jedem freiheitlich denkenden Mann blieb gar nichts anderes mehr übrig, als sozialdemokratisch zu stimmen. Das sächsische Kartell ist eins der wichtigsten Momente, die das Wahlergebnis von 1903 vorbereitet haben. Doch Bosheitspolitik war nie unsere Sache. Wir treten für eine freiheitliche Entwicklung ein und bekämpfen deshalb das Kartell.

Ist es nun der sächsische Bourgeoisie ernst mit dem Kampf um den Liberalismus, dann muß sie es vor allem wagen, mit dem Kartell zu brechen. Das genügt, um die Agrarier in Sachsen schon bei den nächsten Ergänzungswahlen, also in diesem Jahre noch, aufs Haupt zu schlagen. Es gehört dazu nicht viel: nur daß der Liberalismus es wagt, wirklich liberale Kandidaturen aufzustellen — Männer, die sich verpflichten, für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzutreten, und deren Persönlichkeit die Gewähr dafür bietet, daß sie diesen Verpflichtungen auch nachgehen werden.

Wird der sächsische Liberalismus noch soviel Ueberzeugungskraft in sich finden, um dieses Geringsste, was man von einer liberalen Partei verlangen darf, auszuführen? Das wird sich zeigen. Ob aber ja oder so, wir werden unsere Ernte holtten: bei den Reichstagswahlen, wie auch bei den Landtagswahlen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die deutsche Regierung und die Papstwahl. Im Hinblick auf die nächste Papstwahl darf, so meint die „Nat.-Ztg.“, daran festgehalten werden, daß die deutsche Regierung, wie bei dem Konklave von 1878, vollständige Neutralität beobachten wird. Durchaus müßig erscheine es daher, wenn Namen von Kardinalen genannt werden, deren Wahl der deutschen Regierung genehm oder nicht genehm sein würde, da sich die Neutralität Deutschlands auf alle in Betracht kommenden Kardinalen erstreckt.

Von einem anarchistischen Anschlag, der gegen den deutschen Kaiser geplant sein soll, weiß der „New York Herald“ zu berichten. Der Chikagoer Polizeidirektor habe mitgetheilt, vor einigen Wochen seien 4 amerikanische Anarchisten, 2 Männer und 2 Frauen, nach Schweden gereist, mit der erklärten Absicht, den Deutschen Kaiser während seines Besuchs bei König Oskar zu ermorden. Die Kopenhagener Polizei sei amtlich davon informiert worden. Die vollen Details sollen erst nach Abschluß der Untersuchung veröffentlicht werden. — Der Chikagoer Polizeidirektor scheint in der Geographie schlecht beflissen zu sein, wenn er die Kopenhagener Polizei informiert, wo doch Schweden zum Schauplatz des Attentats ausersehen sein soll. Offenbar handelt es sich überhaupt nur um eine der ganz gewöhnlichen Sensationsmeldungen des gelben New Yorker Blattes, um eine Ente, die dazu beitragen soll, in der Sauregarkanzel etwas Abwechslung in das ewige Einerlei zu bringen.

Politischer Boykott. Unter der Stichmarke „Strafe muß sein!“ wird der agrarischen „Deutschen Tagesztg.“ aus Pirna s e n geschrieben: „Der Inhalt folgender Postkarte des Herrn Reichstagsabgeordneten königlichen Kommerzienrath Fabrikanten Louis Leinenweber aus Pirna s e n an einen Hauensteiner Schälwaldbauer macht zur Zeit die Runde durch die pfälzischen Tagesblätter — soweit sie nicht nationalliberal sind natürlich —: „Herrn R. . . , Hauenstein.“

Hierdurch theile ich Ihnen mit, daß ich Ihre Rinden nicht mehr gebrauchen kann, da ich mehr bekommen habe, als ich nötig habe.

Achtungsvoll  
Louis Leinenweber.

NB. In Hauenstein kaufe ich keine Rinden mehr und brauchen Sie mir keine Offerten mehr zu machen. Ich kaufe hier bessere Rinden als dort und berüchtliche in Zukunft meine Wähler beim Einkauf.  
D. D.

Dazu schreibt der „Pfälz. Kur.“: „Ein Blatt in das amtlich festgestellte Reichstagswahlergebnis für Zweibrücken-Pirna s e n belehrt uns, daß für Herrn Louis Leinenweber in Hauenstein allerdings nur eine Stimme abgegeben wurde. Grund genug für einen „wahrhaft liberalen“ Volksvertreter — so nannte man doch wohl Herrn Leinenweber vor der Wahl? — pfälzische Schälwaldbauern mit dem ganzen Jörn eines kommerzienrätlichen Fabrikanten zu verfolgen. Arme Bauern! Ober am Ende gar: Armer Leinenweber?“ — Das Verfahren des „liberalen“ Reichstagsabgeordneten ist ja kleinlich gehässig und unklug. Aber die Agrarier haben am wenigsten recht, sich darüber zu beklagen, denn sie sind es, die neben den Antifemiten den politischen Boykott zum System erhoben haben.

Mit welchen Quacksalbereien man das sächsische Landtagswahlrecht zu „reformieren“ gedenkt, das zeigt ein in der amtlichen „Leipz. Ztg.“ veröffentlichter, also wohl amtlich approbirter Aufsatz des Leipziger Stadtraths Ludwig Wolf, der einfach vorschlägt, das sächsische Gesetz über die Bildung von Bezirksverbänden und deren Vertretung und das Gesetz betr. die Organisation der Behörden für die innere Verwaltung, auf denen die Eintheilung des Landes in 27 Bezirksverbände beruht, zu Grunde zu legen und jeder dieser lokalen Vertretungen das Recht zu geben, einen Mann ihres Vertrauens als Abgeordneten in die Zweite Kammer zu entsenden. Ob man den Städten, soweit sie in ihrer Einwohnerzahl die der amtschauptmannschaftlichen Bezirke überschreiten, das Recht einräumen wolle, eine dieser größeren Bevölkerungsgrößen entsprechende größere Zahl von Abgeordneten durch ihre Vertretungen zu entsenden, sei eine erst in zweiter Linie stehende Frage. Zur Vertretung von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe bestehen fünf landwirthschaftliche Kreisvereine, fünf Handelskammern, fünf Gewerbekammern. Auch diesen solle man es überlassen, einen Mann ihres Mittels der zweiten Kammer beizusetzen. Und endlich sollte man die fünf Kreisaußschüsse mit der Aufgabe betrauen, für jeden kreishauptmannschaftlichen Bezirk je zwei Personen aus der Zahl der Gelehrten, der Künstler, der Beamten, der Vertretungen der Kranken-, der Knappschäfts- und der Invalidenklassen u. dgl. m. frei zu erwählen. Neben diese aber aus solchen Wahlen hervorgegangene Abgeordnete solle man noch 30 aus rein politischen Wahlen hervorgegangene Abgeordnete setzen, bei deren Wahl das freieste Wahlverfahren walten könne, nur mit einer etwas höheren Altersgrenze, als sie das Reichswahlgesetz angenommen hat. Also das reine Filtersystem einer händischen Vertretung mit einem kleinen Einschlag allgemeiner Wahlen, aber letztere nur gerade so viel, daß die große Klasse der Wählerschaft nicht die Entscheidung hat. Das ist fast noch schlimmer als das Klassenwahlsystem, dem wenigstens der Stempel der Wahlentrechtung offen aufgedrückt ist, während hier unter dem Scheine eines wirklichen Wahlrechts dem Volke die Entscheidung thatsächlich genommen wird. Die sächsische Wählerschaft wird schon dafür sorgen, daß aus solchen Quacksalbereien nichts wird. Das freie Wahlrecht ist das Zeichen . . .

Ein Dokument von unserer Zeiten Schande. Aus London hat die „Königsberger Volkstribüne“ von dem Danziger Genossen Max Berger, der sich in dem Kampfe der Danziger Partei um ein Versammlungstotal mehrfache Gefängnisstrafen zugezogen hat, einen Brief erhalten, worin es heißt:

Jetzt lese ich auch, daß der Staatsanwalt ebenfalls seiner Sehnsucht nach mir durch einen Steckbrief Ausdruck gegeben hat. Da dieses vielleicht wieder zum Schaden der Partei ausgeschlachtet werden kann, will ich Ihnen die Gründe meiner Abfahrt kurz mittheilen, und stelle Ihnen anheim, was Ihnen gutdünkt zu veröffentlichen.

Nachdem ich am 3. Juli v. J. vollkommen unschuldig verhaftet und nach 14wöchiger Untersuchung auf Grund der Aussagen von zwei gegenständig im Widerspruch stehenden Polizeibeamten, die mit ca. 20 vorbereiteten Entladungszugzeugen im Widerspruch standen, vollkommen unschuldig zu 5 Monaten Gefängnis verurtheilt war, wobei man auch nicht eine Stunde der Untersuchungshaft anrechnete, verließ ich das Gefängnis in vollkommen zerrüttetem Gesundheitszustande. Mein Nervenzustand erklärte, daß ich einem sehr traurigen Schicksale nur entgehen kann, wenn ich mich vollständig vom öffentlichen Leben zurückziehe. Inzwischen mußte ich mehrere Prozesse über mich ergehen lassen, wurde im Namen des Königs aus der Steuerklasse wegen Verschuldenheit ausgeschlossen (wo ich doch lediglich meiner Familie einen Nothpfennig sichern wollte), mußte fast alle Abende im Parteilokal eine Polizeilatte abwehren. Meine Ehefrau hatte über tausend Mark an Polizeistrafe wegen Polizeistunde erhalten, die Reichstagswahl brachte ihre Arbeit auch mit sich, dann erhielt ich die



Aufforderung, eine sechswöchige Strafe anzutreten. Im Gefängnis bin ich stets mit den schweren Verbrechern gleich behandelt worden. Seiner Zeit war der Gattenmörder Ried mein Zellennachbar. Im Jahre 1901 erhielt ich in der Freistunde einen aus Rathhaus zu 15 Jahren wegen Verleitung zum Meineide Verurtheilten zum Gesellschafter. Als dritter zum Kleeblatt kam dann der Luftmörder Nagel, mein Zellennachbar. Die Abschiedsfeier in der Nacht vor seiner Hinrichtung mit dem Pfarrer hatte mich so aufgeregt, daß ich eine Woche nichts gegessen und lange Zeit nicht geschlafen habe. Als meine Frau mich damals besuchte, weinte sie über meinen plötzlichen Körperverfall. Bei meinem jetzigen Zustand fürchte ich beim Strafantritt das Schlimmste und hat um Strafaufschub. Natürlich wurde er abgelehnt. Da ich den Kampf in Dönzig nicht aufgeben wollte, beschloß ich, nach einem freien Lande zu gehen, die Gesundheit zu stärken und dann wieder zu kommen. Inzwischen mag die Nemesis ihres Amtes weiter walten, wie sie gewaltet hat; Kommissarius Eichenblätter starb am 1. Mai 1902, sein Eideshelfer, Schuttmann Josef, sechs Wochen später, Ehren-Maborra starb in geistiger Umnachtung. Kommissarius Schmidt hat das alkoholische Danzig verlassen. Aus dem letzten Prozeß hat den Schutzmann Schardin auch schon sein Schicksal erfüllt. Bleibt noch Herr Sachse in Adla. Den Staatsanwalt ersuche ich, inzwischen gegen die beiden letztgenannten Beamten wegen ihrer Aussagen vor der Strafammer im Oktober vorigen Jahres eine Untersuchung einzuleiten. Er wird da in einer sehr bösen Sache dem Recht zur Sühne verhelfen können. Es stehen circa 20 Zeugen zur Verfügung. Zur geeigneten Zeit werde ich mich dem Staatsanwalt zur Verfügung stellen.

Der Brief ist ein Dokument von unserer Zeiten Schande. So werden anständige Leute, die beim Opponieren gegen Mißstände irgend eines Paragrafen verlegt haben, im Gefängnis behandelt: Wie gereine Verbrecher, zur schlimmsten Schädigung ihrer Gesundheit. Und Hüffener?

Die Aufwendungen für die öffentlichen Volksschulen betragen im Deutschen Reich nach dem Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich insgesamt 415 198 000 Mark. Von dieser Summe werden aus Staatsmitteln gedeckt 120 357 000 Mark. Den Resten Schulstat haben Schaumburg-Pippe mit 213 000 und Waldeck mit 359 000 Mark, wovon 34 000 bzw. 107 000 Mk. aus Staatsmitteln bestritten werden. Von den größeren deutschen Staaten wenden Bayern 39,8 Millionen (14,2 aus Staatsmitteln), Sachsen 34,3 (4,8) Millionen, Württemberg 12,3 (3,8) Millionen, Baden 11,0 (2,4) Millionen für ihre Volksschulen auf. Am weitesten auf dem Wege der Uebernahme der Schullasten durch den Staat sind außer Bayern die Hansestädte vorgeschritten, wo sich die Bisherigen folgendermaßen gestalten: In Lübeck trägt von 772 000 Gesamtaufgaben 648 000 Mark der Staat, in Bremen von 2 147 000 Mark 1 597 000 Mark und endlich in Hamburg übernimmt von 7 321 000 Mk. der Staat 6 965 000 Mk. auf seine Schultern. In Preußen wurden 1901 von 269 917 000 Mk. aus Staatsmitteln 73 066 000 Mark gedeckt. Nach einer vergleichenden Berechnung der „Voll. Ztg.“ betrug der Antheil des Staates an den Volksschulkosten im Deutschen Reich 28,98 Proz., im Königreich Preußen 27,06 Prozent der Gesamtaufwendungen. Es wird also in den anderen Bundesstaaten ein größerer Theil der Schulkosten getragen, als in Preußen. In Preußen selbst entfällt die staatliche Zuwendung größtentheils auf die preussischen Provinzen, wo sie zwischen 40 und 50 Prozent beträgt, während die westlichen Provinzen nur wenig über 10, Berlin sogar nur 2,39 Proz. erhalten.

Von einer Mandatsniederlegung des bayrischen Landtagsabgeordneten Genovien v. Haller berichtet der „Frank. Cour.“. Wie der „Ber.“ hört, soll sich Genovien v. Haller allerdings mit der Absicht der Mandatsniederlegung getragen haben, angeblich ist die Nachricht jedoch unbegründet. Auch die Gründe, die der „Frankfurter Cour.“ — Differenzen mit Sollner oder Ehrhardt — angeht, sind den Thatsachen nicht entsprechend.

Der Sommerbank-Prozeß hat Dienstag eine ganz überraschende Wendung genommen. Nach Verurteilung der Mandanten zog sich der Gerichtshof zu einer etwa halbtägigen Beratung zurück, um dann folgenden Gerichtsbescheid zu verkünden: Das Gericht stellt sich nicht in der Lage, auf Grund des vorhandenen Beweismaterials zu verurtheilen, aber auch nicht, dasselbe für schuldig zu erklären. Nachdem die Frage der Schätzung noch nicht zu einem abschließenden Urtheil gelangt ist und die Anklagebehauptungen durch die Sachlage eine Entschärfung erlitten haben, beschließt der Gerichtshof, die Sitzung zu vertagen und die Akten der Staatsanwaltschaft zur weiteren Erziehung in der Schätzungssache zurückzugeben. Nach Erledigung dessen werde das Gericht Sachverständige ernennen, die nach der Zustimmung des Gerichts die Abschätzung der beanstandeten Mandantenstücke vorzunehmen haben. Der gegen die Angeklagten Schulz und Kowalec erlassene Haftbefehl wurde aufgehoben — Diese Feststellung wird natürlich überall lebhaftes Stutzen hervorrufen, denn den Mandanten sind noch dadurch die Hände ermöglicht. Wenn es sich um Sozialdemokraten handelt, was denen nicht im Geringsten zu bezweifeln ist, daß sie sich ihrer Strafe entziehen werden, zeigen die Gerichte nur sehr wenig Entgegenkommen. Wir erinnern nur daran, daß unser Genosse Schmitz nicht einmal nach der Haft entlassen wurde, als sein Frau wiederum nach er wegen einer angeblichen Kaputtbesetzung verhaftet war, wegen der er später freigesprochen wurde.

Ueber den gegenwärtigen Stand der deutschen Gewerkschaftsorganisation werden folgende Zahlen angegeben. Die Zahl der Gewerkschaften hat von 1896 bis 1902 um 69, die der Mitglieder um 125 915 zugenommen. In 1. J. um 38 Prozent. Bei einer Zahl von rund 1 300 000 selbständigen Gewerkschaften in Deutschland hat die Zahl der Gewerkschaften um 35,2 Prozent aller Gewerkschaften. Für 1896 betrug die Zahl der Mitglieder 25 Prozent. Es hat sich also seit Anfang des Jahrhunderts von 26. Juli 1897 die Zahl der Gewerkschaften verdoppelt. Bekannt man hierzu noch die zu Gewerkschaften gehörigen Gewerkschaften in Höhe von 89 100 Tagen, so haben wir in Deutschland 546 383 in Gewerkschaften und Gewerkschaften organisirte Gewerkschaften, die also 42 Prozent aller deutschen Gewerkschaften ausmachen.

Der Kampf gegen den internationalen Mädchenhandel. Der Schriftführer des deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels, Major a. D. Wagener, hat an der Orientreise vom 22. Februar bis 9. April theilgenommen, um sich über den Handel mit deutschen Mädchen in den Hafenstädten des Mittelasiatischen Meeres zu orientieren. Er hat, wie Berliner Wäcker schreiben, über die Ergebnisse seiner Ermittlungen einen Bericht herausgegeben, welcher den sämtlichen Nationalkomitees zugestellt worden ist. Die Generalkonsulate und Konsulate waren ersucht, ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen. Die Ermittlungen haben ergeben, daß deutsche Mädchen verhältnismäßig wenig über die von dem Reisenden berührte Hafenstädte befördert werden. So wurde festgestellt, daß in den öffentlichen Häusern in Konstantinopel nur drei deutsche Mädchen sich befinden, dagegen 103 Oesterreicherinnen. Außer diesen bedienen sich der deutschen Sprache in den öffentlichen Häusern 11 Serbinnen, 35 Rumäninnen und 6 Bulgariinnen. Einen ziemlich bedeutenden Durchgangsverkehr hat Genua aufzuweisen, von wo aus mitunter Gesellschaften von 20 bis 30 Mädchen auf Schiffen der „Veloce“-Gesellschaft nach Amerika befördert werden. Ein Vorgehen der Behörde ist schwierig, da deren Papiere sich in Ordnung befinden und die Gruppen als Sängerinnen, Schauspielerinnen und Tänzerinnen-Gesellschaften ausgegeben werden. Auch nach Malta wird eine größere Zahl von Mädchen befördert, unter denen auch das deutsche Element vertreten ist. Zur Zeit befindet sich bei dem dortigen Konsul, Freiherrn v. Tucher, eine Dame, welche unter falschen Vorpiegelungen aus Nürnberg verschleppt wurde. Ein lebhafter Mädchenhandel scheint nach Alexandria betrieben zu werden. Die aus Marseille, Genua, Triest und besonders von Odeffa kommenden Schiffe haben häufig Mädchen an Bord, die in Alexandria von Agenten in Empfang genommen werden. Von dort aus werden sie nach Kairo, zum größten Theil aber nach Indien und Kapstadt verschleppt. Auch hier besteht der überwiegende Theil der „Waare“ aus Oesterreicherinnen und Russinnen. In Messina und Palermo sind seit längeren Jahren Fälle von Mädchenhandel nicht mehr beobachtet, dagegen liegen die Verhältnisse in Neapel bedenklicher. Dort scheint auch wiederholt ein Einschleppen von deutschen Mädchen stattgefunden. Der Mädchenhandel nach Argentinien und Brasilien, der für Deutschland von besonderem Interesse ist, erfolgt nicht über die Häfen des Mittelasiatischen Meeres, sondern wahrscheinlich von Bordeaux und Lissabon. Das Gesamtresultat der Feststellungen ist in folgenden fünf Punkten zusammenzufassen: 1) Der Handel mit deutschen Mädchen ist in den Häfen des Mittelasiatischen Meeres von geringer Bedeutung; 2) Auf deutschen Schiffen kommt der Mädchenhandel überhaupt nicht vor; 3) Die beiden bedenklichen Häfen für Deutschland sind Genua und Triest; 4) Die Kontrolle durch die Hafen- und Bahnpolizei giebt keine Handhabe zum Einschleppen gegen die Mädchenhändler; 5) Die über die genannten Häfen verschleppten deutschen Mädchen werden nicht nach Brasilien und Argentinien, sondern nach Indien und Kapstadt verkauft. Der Berichtsteller schlägt auf Grund seiner Erfahrungen vor, daß eine Ueberwachung der Städte Genua, Triest, Neapel, Konstantinopel, Alexandria, Bordeaux und Lissabon durch die Nationalkomitees von Deutschland, Oesterreich, Italien, Rußland, England, Frankreich und Spanien durch besonders angestellte Agenten stattfinden. Auf Grund des obigen Berichtes hat das englische Nationalkomitee angeregt, eine internationale Sitzung der Nationalkomitees nach für den kommenden Herbst einzuberufen, die in der Schweiz stattfinden dürfte.

Kleine politische Nachrichten. Das Reichsmilitärgericht bestätigte Dienstag das Todesurtheil gegen den Major Karol Kohler wegen Ermordung des Unteroffiziers Fiederich von der Lorelei. — Das Schöffengericht in München verurtheilte den Zentrumsabgeordneten Heim zu 10 Mark Geldstrafe, weil er in einer Genossenschafts-Versammlung, als Bayern Hagen, daß das Proviantamt bei Lieferungen ihnen Händler vorziehe, dazwischen rief: „Hollender Kugel!“. Die Beweisaufnahme ergab keine Verurteilungen von Händlern. — Das englische Unterhaus nahm am Dienstag mit 31 gegen 20 Stimmen die irische Landbill in dritter Lesung an, nachdem Vertreter aller Parteien ihrer Zustimmung zu der Bill ausgesprochen hatten. — Das neue spanische Ministerium leitete am Montag den vorgeschriebenen Eid. — Die isländische Verfassungsreform ist nach einer Mittheilung aus Reykjavik vom 11. Juli perfekt geworden. Das Königreich nahm einstimmig und endgültig die Regierungsverträge an Veränderung des Verfassungsgesetzes an, wonach ein besonderer isländischer in Reykjavik wohnhafter Minister die Regierung Islands übernimmt. — Eine Schlappe haben die Holländer wieder einmal im Kinesenriege erlitten, der bekanntlich schon nahezu drei Jahrzehnte währt. Wie der „Nieuwe Rotterdammer Courant“ aus Batavia meldet, stießen die holländischen Truppen während des Vormarsches auf Kembang (Kembang) auf ein befestigtes Dorf und mußten sich zurückziehen. Ein Offizier und vier Mann wurden getödtet, 2 Offiziere und 7 Mann verwundet; auf feindlicher Seite betrug der Verlust 36 Tödtet. — Der Bürgerkrieg in Venezuela ist noch immer nicht beendet. Es werden wieder neue Kräfte gemeldet. Nach einem Telegramm aus Soledad beschloßen die venezolanischen Kriegsschiffe das von den Australischen besetzte Regierungsgebäude in Ciudad Bolivar; es folgte ein allgemeiner Aufruhr. Die Regierungstruppen besetzten den Friedhof und die Straßen am Regierungsgebäude; sie verloren hierbei hundert Mann, die Australischen hatten etwa zweihundert Tödtet.

Rußland. Ueber einen politischen Witz, dessen Einzelheiten jedoch noch nicht bekannt sind, meldet man dem „Berliner Tag.“ aus Petersburg: Der frühere Kreisadelsmarschall Fürst A. A. Sagarin, der im Kreise Michailowitsch im Gouvernement Nischni große Bekanntheit hat, wurde auf einer Fahrt aus dem Dorfe Korowino auf sein großes Gut von Bauern erschossen. Welches Motiv dieser That zu Grunde liegt, weiß man auch in höheren Regierungskreisen noch nicht, doch nimmt man einen politischen Charakter der von den Agitatoren angewiesenen Bauern an.

Oesterreich-Ungarn. Feldarbeiterstreik in Galizien. Mit der beginnenden Hitze nehmen die Streiks der Feldarbeiter wieder ihren Lauf. Provoziert sind sie diesmal durch den Wort-

bruch der Grundherren. Diese versuchen ihre im Vorjahre eingegangenen Verträge wieder rückgängig zu machen, durch die den Arbeitern die zehnte Garbe als Lohn zugesprochen wurde, und wollen nun wieder, wie früher, erst die elfte oder zwölfte gewähren. Im Buczazzer Bezirk kündigten die Gutbesitzer dies den Arbeitern an; darauf hielten die Bauern und Arbeiter von 56 Dörfern Versammlungen ab und beschloßen, unbedingt an den vorjährigen Vereinbarungen festzuhalten. In mehreren Orten ist auch das Hofgesinde am Streik betheilig. Natürlich hat man Gendarmen nach dem Streitgebiet abgeandt.

Zum Streik der Eisenbahner auf den Aninaer Werken der österreichisch-ungarischen Staatsbahn-Gesellschaft wird gemeldet, daß der Landesbaron Gewerbe-Inspektor den Handelsminister um die Entsendung eines Vermittlers zur Behebung der Differenzen ersuchte.

### Schweiz.

Verbot der Kinderarbeit. Die Zürcherische Erziehungsdirektion beantragt, auf der am 4. August in Luzern zusammentretenden Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren bei den Bundesbehörden, aus Anlaß der Revision des Fabrikgesetzes, das gänzliche Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren anzulegen.

### Italien.

Das künftige Konklave. Dienstag Vormittag traten die in Rom weilenden und die aus Italien herbeigeleiteten Kardinalen — alle, zum Zeichen der Trauer, im weißfarbenen Gewande — in der Sala del Consistorio des Vatikan zu der ersten Versammlung zur Vorbereitung des Konklaves zusammen. Die Beratungen waren geheim, doch verlautet, daß mit großer Mehrheit beschlossen worden sei, das Konklave in Rom abzuhalten; an diesem werden voraussichtlich alle Kardinalen theilnehmen, mit Ausnahme des Erzbischofs von Sydney, Kardinals Moran, der durch die weite Entfernung daran verhindert ist. Nach der Versammlung empfangen die Kardinalen im gleichen Saale die Botschafter von Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Spanien und Portugal, die dem Beileid ihrer Regierungen Ausdruck gaben.

Die italienische Regierung und der Tod Leo's XIII. Ministerpräsident Zanardelli hat, wie „Tribuna“ mittheilt, die Präsekten telegraphisch angewiesen, den Beichenerlichkeiten für den verewigten Papst beizuwohnen, wenn sie von den kirchlichen Behörden dazu eingeladen werden. Der Ministerpräsident hat ferner angeordnet, daß bis auf weiteres die Theater geschlossen werden und auf den öffentlichen Plätzen keine Konzerte stattfinden. Der Minister des Aeußern Morin hat das Ableben des Papstes den italienischen Missionen im Ausland mitgetheilt. Infolge der bereits getroffenen Vereinbarungen wird die Regierung für die Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Petersplatz und in der Peterskirche während der Ausstellung der Leiche und während der Trauerfeierlichkeiten Sorge tragen. Auf Befehl Dreglias kündigte, wie man der „Vollzeitung“ meldet, der Erzbischof von Turin, Cardinal Richelmy, in dessen Sprengel Schloß Racconigi liegt, amtlich den Tod des Papstes dem König Viktor Emanuel an. Das bedeutet einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit.

Klage der Marine-Offiziere gegen den „Avanti“. Genosse Turati hat auf Grund der von den Marine-Offizieren gegen den „Avanti“ erhobenen Beleidigungsklage folgende Interpellation an die Präsidenschaft der Kammer gestellt: „Der Unterzeichnete interpelliert den Ministerpräsidenten und den Marineminister über die politische Korrektheit einer Autorisation, die angeblich dem Offizierskorps der königlichen Marine oder einem Theil von ihm erteilt wurde, um die Zeitung „Avanti“ wegen Beschuldigungen zu verklagen, die nicht gegen bestimmte Individuen gerichtet werden, sondern allgemeine Verwaltungseigenheiten betreffen und zu der in Aussicht gestellten Regierungsknete über den Affairismus in der Marineverwaltung in direkter Beziehung stehen.“ Einer Genueser Zeitung, dem „Caffaro“ zufolge, würden 5 Offiziere, 5 Maschinisten und 5 Zahlmeister die Beleidigungsklage anstrengen. Wenn denen der Beklagte erklärte, die Beschuldigungen bezögen sich nicht auf diese, so würden die nächsten 15 arücken u. s. w., bis alle an die Reihe kommen würden. Die Herren scheinen die Sache für einen Fastnachtsscherz zu halten.

### Belgien.

Eine internationale sozialistische Konferenz fand Montag in Brüssel statt. Auf der Konferenz waren vertreten Deutschland durch Fischer und Pannkuch, Dänemark durch Knudsen, Holland durch van Kol und Troelstra, Frankreich durch Baillant, England durch Hyndman und Hunterwart, außerdem Polen, Rußland und die Vereinigten Staaten. Die Hauptarbeit der Konferenz bestand in der Festsetzung der Tagesordnung für den internationalen Kongress in Amsterdam. Dieselbe soll lauten: 1. Bericht und Antrag der internationalen Komitees auf Erweiterung. 2. Generalfreik. 3. Internationale Regelung der sozialistischen Politik. 4. Gewerkschaft und Politik. 5. Internationale Schiedsgerichte. 6. Kolonialpolitik. 7. Kräfte und Arbeitslosigkeit. 8. Nationale Gesetzgebung über internationale Ein- und Auswanderung. Am Schluß der Konferenz beantragte Hyndman, die Konferenz möge den deutschen und dänischen Genossen zu ihren Wahltagen einen Glückwunsch aussprechen. Fischer und Pannkuch dankten darauf noch im Namen der deutschen Genossen für die denselben bei den Wahlen zu theil gewordene internationale Hilfe.

Die belgische Webervereinigung beschloß, der „Fris. Ztg.“ zufolge, angesichts der selbst zum Werthe des Fabrikats unverhältnismäßig hohen Preise, auf welche die amerikanische Konkurrenz den Rohstoff getrieben hat, bis auf weiteres einen Tag in der Woche die Webstühle anzuhalten.

### Japan.

Zur Lage in Ostasien. Wie nach dem Laffan'schen Bureau in Peking verlautet, hat die japanische Regierung der russischen Regierung eine Reihe von Anfragen vorlegen lassen, von deren Beantwortung es abhängen soll, ob Krieg oder Friede sein wird.



# Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 22. Juli 1903.

Die Bürgerchaft trat am Montag zum ersten Male nach den Erneuerungswahlen zu einer längeren Sitzung zusammen. Die Neuerwählten, die theilweise nur mit knapper Noth ihren Pyrrhuskrieg erringen konnten, wurden aufgenommen in den großen väterstädtischen Interessenringel. So bot denn diese Versammlung außer einigen Platzveränderungen und einigen neuen Gesichtern keine neuen Momente. Erwähnenswerth mag nur sein, daß sich die „Fraktion Pape“ um ein weiteres, auf väterstädtischen Kräften hingeheimpeltes Mitglied, Herrn Thiele, vermehrt hat; sie besteht jetzt aus 5 Mann und trat am Montag bereits in Aktion. Ob aber diese Einmüthigkeit in allen Fragen und bei allen Abstimmungen vorzufinden sein wird, ist stark zu bezweifeln. Ebenso bezweifeln wir, daß Herr Pape in seiner häufig recht treffenden Kritik an Senatsanträgen u. regelnmäßig wirksame Unterstützung bei seinen Fraktionsgenossen finden wird. Diese Herren ziehen zu gewissen Zeiten trotz ihrer anerkannten Redelustigkeit das Schweigen vor.

Trotzdem die letzte Versammlung also bezüglich ihrer Zusammenfassung nichts Neues bot, war sie dennoch interessant und zwar aus verschiedenen Anlässen. Handelte es sich doch zunächst darum, an Stelle des ausscheidenden einen neuen Wortführer zu wählen. Hier wurde nun am Montag erfreulicherweise mit einer alten Gewohnheit, zum Wortführer einen Juristen zu wählen, gebrochen. Zwar hatte sich Dr. Vanda wohl schon im Stillen mit der Hoffnung getragen, für die nächsten zwei Jahre in der Bürgerchaft mit Senatoren in einer Reihe sitzen zu können, jedoch die Mehrheit der Bürgerchaftsmitglieder hatte aber kein Einsehen mit ihm und ließ ihn unter Erwählung des Kaufmannes J. G. Evers glänzend durchfallen. Jedenfalls hat sie damit den Appetit des Staatsanwalts auf einen Senatsstuhl noch verstärken wollen. Wir müssen nun offen gestehen, daß uns die Niederlage des tapferen Staatsanwalts außerst schmerzlich berührte, da wir die „Verdienste“ des Herrn in politischer und kommunaler Beziehung voll zu würdigen wissen. Undant ist nun aber einmal der Welt Lohn! — Zu Stellvertretern wurden Direktor Stiller und Sartori gewählt, sodas sich also im Bureau der Bürgerchaft kein einziger Jurist befindet. Das ist einfach schrecklich!

Nachdem das Bureau sich konstituiert hatte, gab der neugewählte Wortführer, den man, wie die Berichterstatter konstatirten, am Pressetisch wenigstens verstehen konnte, bekannt, daß die Neuwahl eines Senators am 3. August stattfindet. Nach einigen weiteren Mittheilungen wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Die drei ersten Punkte fanden ziemlich schnelle Erledigung. Erwähnenswerth ist nur die unsere volle Billigung findende Anregung des Pastors Evers, an unseren Schulen auch Michaeliskurse einzuführen und die Erklärung des Senators Dr. Bremer, das Realgymnasium solle, trotzdem dessen Aufhebung beschlossen sei, bestehen bleiben. Warum hat man denn aber erst die Aufhebung beschlossen resp. befürwortet, wenn man nachher diesen Beschluß doch wieder aufheben will? Oder ist man sich in manchen Punkten vielleicht der „Tragweite seiner Handlungswiese“ gar nicht bewußt?

Recht interessant gestaltete sich die Debatte über den Senatsantrag auf Anstellung zweier Brückenwärter bei der Herrenfähre. Wie unseren Lesern wohl noch bekannt sein dürfte, rügte wir Sr. St. bei Rathung dieser Vorlage im Bürgerausschusse, daß diese Beamten während der ersten 3 Jahre nur insgesammt 1150 Mk. an Gehalt beziehen und dadurch als Staatsbeamte wahlrechtlos gemacht seien. Hier nahm Pape nun Gelegenheit, die Sache anzuschneiden. Er beantragte nämlich, daß Dienststand und Wohnung, die mit 150 Mk. angefaßt waren, zu einem Werth von 250 Mk. gerechnet werden sollten, damit die Leute dann doch wenigstens auf 1250 Markämern und so ihres Wahlrechtes nicht verlustig gingen. Wir konnten uns für diesen Vorschlag nicht erwärmen, da Dienstwohnung und Land ohne Frage keinen höheren Werth als 150 Mk. repräsentiren. Unsere Erwartung ging auch dahin, daß Pape die Erhöhung des Baargehaltes um mindestens 100 Mk. beantragen würde, um so zu verhindern, daß das Wahlrecht der Staatsangestellten infolge ihrer geringeren Bezahlung dem Jenus zum Opfer fiel. Herr Pape aber wollte den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Trotz dieses löblichen Beginns ließ er auf heftigen Widerstand bei den Herren Doktoren und — last not least — Herrn Peters, der da die große „Weisheit“ verzapfte, wenn es nach Herrn Pape ginge, dann müßten wir ja die Kleinsten Beamten stellen mit 1200 Mk. entlohnem. Wir möchten einmal das Einnahme-Budget des Herrn Peters kennen lernen, um daraus zu ersehen, ob er sich wohl mit 1150 Mk. Einkommen jährlich begnügt. Wir glauben nicht! Dann aber sollte er mindestens seine Weisheit für sich behalten. — Kennzeichnend war hierbei auch die Bemerkung des national-liberalen Rechtsanwalts Dr. Vermehren, daß es gar nicht so schlimm sei, wenn ein junger Brückenwärter auf die Erwerbung des Wahlrechtes etwas warten müsse. Sie war recht kennzeichnend insofern, als man sowohl aus dieser Bemerkung, als auch der des Herrn Peters ersehen, welches sozialpolitische Verständnis manche unserer Volksvertreter besitzen. — Der Antrag Pape wurde trotz seiner Harmlosigkeit natürlich abgelehnt, ohne daß sich jemand fand, der den einzig richtigen Weg der Gehaltssteigerung vorschlug. Von unserer Bürgerchaft in ihrer heutigen Zusammenfassung kann man allerdings auch nichts anderes erwarten.

Die Debatte über die Versorgung von Schwartau mit Gas nahm nur einen kleinen Raum der Gesamtverhandlungen ein. Zur Sache selbst wurde eigentlich so gut wie gar nicht gesprochen; jedenfalls wird das in der Vorversammlung um so gründlicher besorgt sein. Der Senatsantrag fand Annahme und Schwartau erhält jetzt Anschluß an unsere Travemünder Hochdruckleitung.

Der wichtigste und durch die ausgezeichnete Rede des Herrn Schulmerich zweifellos interessanteste Punkt der Tagesordnung war die Uebnahme des Schullehrerseminars auf den Staat und Uebänderung der Verhältnisse der Präparanden-Anstalt. Bei diesem Punkt hatte der Bürgerausschuss Sparmaßregeln vorschlagen lassen, die unseres Erachtens hier absolut nicht am Platze waren. Jedenfalls hatte sich der Bürgerausschuss von dem Gedanken leiten lassen, daß für die Volksschulbildung das Schlechteste gerade gut genug sei, deshalb strich er den akademisch gebildeten Oberlehrer, sowie einen Seminar- und zwei Elementarlehrer. Der Senat hatte sich jedoch nur mit lesterer Streichung einverstanden erklärt. In längerer und trotz des technischen Charakters interessanter Rede vertrat Herr Schulmerich die ursprüngliche Senatsvorlage und geißelte scharf, daß sich die Seminaristen der Verpflichtung unterziehen sollten, fünf Jahre hier zu bleiben, andernfalls

sie die für sie aufgewandten Kosten zurückerstatten sollten. Redner verglich hiermit das Entgegenkommen und die Aufwendungen des Staates bei der Baugewerkschule, bei der man von den Schülern, trotzdem für jeden einzelnen rund 450 Mk. Staatszuschuß angewendet würden, keine Verpflichtungen verlange. Der einzige Redner, der diesen sachmännischen Ausführungen gegenübertrat, war Professor Dr. Baetke, der jedoch äußerst schlecht abschnitt. Das merkte er jedenfalls auch selbst, denn er versuchte sich schließlich zu indirekten Spizen gegen die nicht akademisch gebildeten Lehrer resp. gegen Herrn Schulmerich. Hier kam er aber schlecht an. Letzterer ertheilte dem „gelehrten“ Herrn, ohne persönlich zu werden, eine so glänzende Antwort, daß diesem Hören und Sehen verging. So spielte sich dort im Bürgerchaftssaale ein harter Kampf ab zwischen akademisch und seminaristisch gebildeten Lehrern, bei dem der Erfolg auf Seiten der Letzteren war. Die Praxis siegte hier über die Theorie. Die Schulmerich'schen Anträge, die selbstverständlich auch unsere volle Billigung finden, fanden zum Haupttheil Annahme. Wie sehr die Bürgerchaft auf Seiten der Nicht-Akademiker stand, konnte man daraus ersehen, daß sie kaltblütig durch einen Schlußantrag Prof. Baetke das Wort abschneidte. So etwas ist man sonst nur gewohnt, wenn es sich um Herrn Pape handelt.

Die nächsten Tagesordnungspunkte betrafen Eingaben. Erwähnenswerth ist, daß nach einer Erklärung des Senatskommissars der Schießplatz an der Fadenburger Allee jedenfalls aufgehoben wird. Das ist nur mit Freuden zu begrüßen. — Trotzdem die Bürgerchaft bereits beschlußunfähig geworden war, wurde dennoch stehend weiter verhandelt. Ein Antrag Evers und Gen. betr. die neue Bauordnung, wurde dem Bürgerausschuss überwiesen, ein gewiß ebenso berechtigter Antrag Pape: „Die Bürgerchaft beschließt, daß ihr ein Mitbestimmungsrecht zusteht über die anderweitige Verwendung von Staatsländereien und erwartet deshalb noch vom Senat eine Vorlage über einen dem Ausschuss zur Errichtung eines Bismarck-Denkmal's anzuzuschickenden Platz, fiel natürlich infolge der Beschlußunfähigkeit unter den Tisch. Diesen Antrag können wir doch nicht unterlassen“, so rief ein sonst im Aufstehen sehr eifriges juristisches Mitglied, das eines der glühendsten Bismarck-Gögen-Berehrer ist. Jetzt erschien Herr Hud. Thiel als rettender Engel auf dem Plan und bezweifelte die Beschlußfähigkeit und zwar mit Erfolg. Warum mag er wohl gemerkt haben, bis der Antrag Pape zur Rathung stand? Warum hat er nicht schon beim Antrag Evers entdeckt, daß die Bürgerchaft beschlußunfähig war? Wir bitten um Antwort, Herr Hud. Thiel!

Selbstmordversuch eines Unteroffiziers. Der bereits seit längerer Zeit dienende Unteroffizier Poggenhagen von der 6. Kompanie verlor am Montag Morgen, sich zu erschließen. Er trug eine schwere Verletzung der Lunge davon und mußte ins Garnisonlazarett überführt werden. Die Ursache zu diesem unglücklichen Schritt ist darin zu suchen, daß P. am Sonntag anlässlich des Volksfestes seinen Urlaub überschritten und deshalb Strafe zu gewärtigen hatte. Der Schwerverletzte ist noch nicht vernehmungsfähig.

Nach gut abgelaufen. Gestern Nachmittag wollte ein aus der Stadt kommender Radfahrer zum Holtenhorst hinaus radeln. In der Nähe der Holtenhorstbrücke wollte er nun zwei ihm entgegenkommenden Wagen ausweichen, kollidierte jedoch mit einem schweren, mit Gemüse beladenen Wagen. Nur dem Umstande, daß der Radler sofort absprang, ist es zuzuschreiben, daß er unverletzt blieb. Das Rad war jedoch total zertrümmert.

An beiden Volksfesttagen beförderte die Straßenbahn 58 099 Personen.

L. Im Konzerthaus Lübeck, dem hübsch gelegenen Sommer-Variete, hat jetzt die vierte Künstlerriehe ihren Einzug gehalten. Ein Theil derselben steht noch von seiner früheren Wirksamkeit her hier selbst in bester Erinnerung; so der vorzügliche Humorist Fritz Schmutz, der mit neuen Schlagern sich stürmischen Beifall erringt. Eine Bravourleistung ist das gefährvolle Springpottourri des Herrn Frank. Carlo Briand ist ein Equilibrist, der seine schwierigen Tricks elegant und mit spielender Leichtigkeit ausführt. Für die drastische Darstellung von Volkstypen ist Frieda Friedo eine tüchtige Kraft; sie entfechtete wahre Heiterkeitsstürme, namentlich als verliebte Schenkerfrau. Auch sonst weist das Programm in Mik Leeds (Mandolinist), Brighton und Leeds (musikalische Grottesken) recht brauchbare Nummern auf. Ein Mangel ist allerdings fühlbar: das gänzliche Fehlen einer Sourette. Zum Schluß erregt allabendlich Mr. Williams durch das Deffnen von Fesseln und Schlössern aller Art ohne Instrumente lebhaftes Sensation.

Ein kleines Feuer kam gestern Nachmittag auf Wilhelmshöhe zum Ausbruch. Die Feuerwehre rückte aus, mußte aber unverrichteter Sache wieder abziehen, da es sich nur um den Brand einer Kiste gehandelt hatte.

Handelsregister. Am 21. Juli 1903 ist bei der Kommanditgesellschaft in Firma D. Janze u. Co. in Lübeck eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Kommanditist der Gesellschaft J. S. D. Janze in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma.

Vereinsregister. Am 21. Juli 1903 ist der Turnhallenbauverein zu Lübeck mit dem Sitz in Lübeck eingetragen worden.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern 20 Grad C.

pb. Fahrerrad Diebstahl. Am 21. d. Mts., Abends gegen 9 1/2 Uhr wurde aus dem Vorgarten eines an der Fadenburger Allee belegenen Hauses ein Fahrrad, Marke „Opel“, gestohlen. Dasselbe hat schwarzes Gestell, schwarze Felgen, gerade Lenkstange, graue Korkgriffe und schwarze Radlauflöcher. Die Räder sowohl, als auch die Pedale sind nicht von gleicher Machart.

pb. Hausfriedensbruch. Festgenommen wurde ein Kellner, der sich bei dem Inhaber eines Expeditionsgegeschäfts des Hausfriedensbruchs schuldig machte. — Des weiteren wurde ein Arbeiter aus Hohenhameln festgenommen, weil er sich in einem Schanklokal auf dem Volksfestplatz des Hausfriedensbruchs schuldig machte.

c. Stöckeldorf. Die Parteigenossen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß heute Abend 8 1/2 Uhr eine Parteisitzung bei Baetbau stattfindet.

r. Entin. Gemeinderathssitzung. Es lag zunächst in einer der letzten Sitzungen gezeigter Beschwerte der Schulkommission an die Großh. Regierung vor, welche von Letzterer an die Schulkommission zurückging, da ihr die Fassung nicht präzis genug sei. Der Gemeinderath stimmte einstimmig einer anderen Fassung zu. Sodann lag ein vom Stadtmagistrat eingebrachter Entwurf eines Statuts, betr. die Beschränkung der Baufreiheit und eine Polizeiverordnung über Straßenbau usw. vor. Aber im ersten Theil kam es nicht zur Verhandlung, es wurde eine Kommission gewählt: 2 aus dem Gemeinderath (Wagner, Kloss) und 2 Gemeindeglieder (Hammerich und Neuss). Der zweite Theil fand die Genehmigung des

Gemeinderaths. Für den Neiorienbau auf der Gasanstalt bewilligte der Gemeinderath 900 Mk. Der Firma Therhend u. Co. wurde auf ihr Gesuch, ihr eine Ermäßigung für Heizgas zu gewähren, ein Rabatt von 5 Proz. auf den gesammten Gasverbrauch bewilligt, sofern die Firma über 1000 Mk. an Gas verbracht. Die Vorsteherin der höheren Mädchenschule, Frä. Müller, ersuchte den Gemeinderath, für sie in der im Bau befindlichen Schule eine Pedellenwohnung zu errichten. Die 1000 Mark betragenden Kosten wolle sie selbst tragen, wolle auch auf die Hälfte der 200 Mk. betragenden Entschädigung für Abgabe der Schulräume usw. verzichten. Bei ihrem Abgange wünscht sie jedoch die 1000 Mk. zurück. Das Gesuch wurde genehmigt. Alsdann machte der Stadtmagistrat noch bekannt, daß Zeichnung und Plan einer zu bauenden Wasserfontäne in der Speiseanstalt (St. Georgs-Hospital) ausliegt. — In der zweiten Sitzung stand zunächst die Pflasterung des Meinsdorfer Weges zur Rathung. Man trat aber nicht in dieselbe ein, da seitens der Dorfschaft Meinsdorf und der Großh. Regierung noch Verhandlungen bezüglich des Weges in Meinsdorf selbst schweben. Der vom Alterthumsverein gestellte Antrag um Ueberlassung eines anderen Raumes im Nebengebäude des Rathhauses wurde noch zurückgestellt. Zum Schluß nahm der Gemeinderath Kenntniß von einer Mittheilung der Großh. Regierung, daß sie einen Theil der Kosten der Lübecker- und Weberstraße tragen werde.

Schönberg. Einen eigenthümlichen Prozeß, der bereits über 4 Jahre gedauert hat, führen 7 Bauern der Gemeinde Gr.-Künz gegen einen 8. Kollegen. Früher war die Feldmark Gr.-Künz nicht regulirt bis auf eine Bauernstelle, gegen deren Besitzer der Prozeß geführt wird. Bei der Regulierung erhielt die Gemeinde vom Großh. Gebiet eine gemeinsame Kiesgrube. Sieben Bauern wollten nun den achten nicht als Gemeindeglied und Mit-eigenthümer der Kiesgrube anerkennen, obgleich derselbe die gleichen Pflichten und Rechte hat. Der Prozeß schwebt zurzeit beim Oberlandesgericht in Rostock.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Klempergehilfen von Bant-Wilhelms-haven sind in den Ausstand getreten. Die Zahl der Ausständigen beträgt 29. — Zur Schneiderbewegung in Bant-Wilhelms-haven wird berichtet, daß 13 Firmen die Gehilfen gekündigt haben. 7 Firmen haben noch nicht gekündigt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Eine Gedächtnisfeier an die Opfer der „Primus“-Katastrophe fand auf dem Ohlsdorfer Friedhofe in Hamburg statt. Die Gräber waren mit Blumen und Kränzen geschmückt, unter denen sich auch Kränze der Liedertafel „Freue“ mit der Widmung „Unsern Lieben unvergesslichen Todten“ und des „Arbeiter-Sänger-Bundes“ befanden. — Der Kassirer der Sektion Schiffsreimer des Verbandes der Hafnarbeiter in Hamburg unterschlug 692,68 Mk. Er wird gerichtlich bestraft. — Beim Spielen fand der 7jährige Sohn des Schmiedemeisters Friemann in Heidorf bei Dömitz seinen Tod in der Erde. — Beim Baden ertrank in Schwinen ein Eisenbahnkloster.

Hamburg. Die Lohnbewegung der Maurer und Zimmerer darf als definitiv beendet betrachtet werden. Den Streikleitungen ging vom Bierstädtebund ein Schreiben zu, enthaltend folgende Resolution: „Die am 20. Juli 1903 tagende Versammlung des Bierstädtebundes genehmigt die Beschlüsse der Baugewerks-Jnungen zu Hamburg, Altona und Wandsbek, nach welchen in diesen drei Städten vom 16. März 1904 ab die neunstündige (Sommer-) Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 70 Pf. für die Gesellen bewilligt sind, wenn die verhängten Sperren aufgehoben und keine neue Sperren aus derselben Veranlassung bis zum 15. März 1904 verhängt werden. Die Baugewerks-Jnung zu Harburg hat mit Genehmigung des Bierstädtebundes die Erklärung abgegeben, daß für sie eine Veranlassung zur Abänderung der bis zum 15. März 1904 gültigen Lohn- und Arbeitsordnung nicht vorliegt. Die Versammlung erklärt ausdrücklich, daß der Ablauf der in dem Ultimatum vom 15. Juli 1903 gestellten Frist auf die zum 16. März 1904 gemachten Zugeständnisse ohne Einfluß ist, weil die Sperren inzwischen aufgehoben sind.“ — Dagegen dauert die Lohnbewegung der Bauarbeiter unverändert fort. Die gegenseitigen Meldungen, sind falsch. Die Meister geben vielfach ausweichende Antworten, sie sagen, bezahlen zu wollen, lassen sich aber zu nichts verpflichten.

Hamburg. Der Bankier Schindler ermordet? Nähere Untersuchungen der Leiche des bekanntlich todt aufgefundenen Bankiers Schindler haben ergeben, daß derselbe ermordet worden ist. Die Mordthat kann nur von der Frau Schindler, die sich in Begleitung des Erschossenen befand, ausgeführt sein. Die Frau, die zwanzig Jahre jünger ist, als der Erschossene, ist flüchtig geworden. Dieselbe hat an Verwandte Depeschen geschickt, in denen sie bittet, keine Nachforschungen nach ihr anzustellen, sie werde schon ein Mittel finden, um sich von ihrem fürchtbaren Leiden zu befreien. Wie ferner gemeldet wird, ist der Kassirer Jakobus, der das Bankhaus Schindler in Berlin um 140 000 Mk. betrogen hat, nach Argentinien entkommen.

Kiel. Vom Duellblödsinn. In einem Gehölz bei Kiel ist ein Säbelduell zwischen dem praktischen Arzt Dr. med. Carlens in Lönbern und dem Gerichtsassessor Schütze, der Reserveleutnant ist, ausgefochten worden. Beide Gegner erlitten Verletzungen. Der eine wurde an der Stirn, der Wangen und der Brust, der andere an der Nase verletzt. Die Ursache des Zweikampfes bildeten politische Meinungsverschiedenheiten der beiden Gegner anlässlich der Reichstagswahl. — Bestrafte Fahrlässigkeit. Der Bootsmannsmaat Spitz von der „Carola“ hatte aus großer Fahrlässigkeit einen schweren Lauberblock aus dem Grottmast fallen lassen. Derselbe traf den Werftarbeiter Sommer so unglücklich, daß dieser auf der Stelle verstarb. Das Kriegsgericht erkannte gegen Spitz auf 7 Monate Gefängnis.

## Bürgerliste.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamte angenommen: Buchhalter Ambach, Maurermeister Badstern, Arbeiter Bahr, Arbeiter Bard, Klempergehilfe Barf, Höder Bartentin, Musiker Bartels, Tischlergehilfe Bed, Böttchergehilfe Beed, Schuhmacher Beder, Arbeiter Benthien, Kornträger Benthien, Arbeiter Beusch, Kleber Beutler, Musiker Bickholz, Arbeiter Blohm, Arbeiter Bleuß, Schmiedehilfs Bodehäuser, Arbeiter Boos, Arbeiter Breede, Arbeiter Brodmoller, Eisenbahn-Wagen-schieber Brüggmann, Schuhmacher Brückner, Bildhauer-gehilfe Buhje, Baguarbeiter Burmeister, Arbeiter Busch



Arbeiter David. Arbeiter Dettmann. Arbeiter Dunkelmann. Antscher Jaack. Schneider Fedder. Tischlergehülfe Jant. Arbeiter Jod. Formergeselle Först. Güterbodenarbeiter Freitag. Arbeiter Geerz. Maurergeselle H. J. E. Geerz. Maurergeselle J. J. A. Geerz. Arbeiter Gerds. Steinbrückermeister Grabo. Arbeiter Grenda. Tischlergehülfe Greve. Arbeiter Grevesmühl. Arbeiter Gründert. Arbeiter Hahn. Reisender Hansen. Habelmeister Heims. Arbeiter Hinrichsen. Arbeiter Hinz. Arbeiter Holboop. Brodfuhrmann Höppner. Steinsetzer Jahnke. Arbeiter Jendel. Kapitän Jungmann. Schmiedehülfe Jhde. Arbeiter Jernhagen. Arbeiter Karbach. Seemaschinist Kelling. Arbeiter Kelling. Straßenreiniger Kibbel. Zimmergeselle Kieckbuch. Kontorist Kiehn. Lagerist Köpfer. Arbeiter Konert. Güterbodenarbeiter Kreker. Bädergehülfe Krüger. Arbeiter Kruse. Kapitän Kühl. Arbeiter Kuffow. Arbeiter Laagen. Seemaschinist Lehmann. Arbeiter Lorenz. Heizer Maas. Eisenbahn-Wagenschieber Maas. Maurergeselle Meier. Pote Meinh. Zeichner am Katasteramt Meise. Arbeiter Möller. Arbeiter Müller. Arbeiter Mull. Schneidergehülfe Nahr. Rebt. Schlossergehülfe Niemann. Maurergeselle Niendorf. Tischlergehülfe Ohlmann. Arbeiter Oldhof. Straßenbahn-Wagenführer Pape. Arbeiter Persson. Bierfuhrmann Peters. Bädermeister Plath zu Schlutup. Arbeiter Platje. Arbeiter Popp. Schiffszimmermann Potenberg. Schuhmachermeister Priep. Schneidergehülfe Pump. Schmiedehülfe Quandt. Schlachtermeister Raabe. Arbeiter Rathje. Arbeiter Rathmann. Arbeiter Reichmann. Knopfmachergehülfe Reimers. Arbeiter Reimers. Arbeiter Reine. Tischlergehülfe Richter. Maurergeselle Röhlfors. Arbeiter Rofjengart. Krämer Kubien, genannt Crull. Arbeiter Saborowski. Kumpfgärtnergehülfe Santh. Arbeiter Schepert. Schneidergehülfe Schent. Heizer Schmidt. Arbeiter Schomann. Maurergeselle Schrö-

ber. Arbeiter Schröder. Glasermeister Schulz. Arbeiter Schulz. Arbeiter Schwarz. Arbeiter Schwobke. Arbeiter Söhlbrandt zu Schlutup. Gärtner Soltau zu Krempelsdorf. Eisenbahn-Bureau-Assistent Stollerbed. Förker Steenbod. Malergehülfe Stephan. Arbeiter Strohtsch. Gärtner Strund. Arbeiter Systa. Versicherungsbeamter Tamm. Arbeiter Techen. Elementarlehrer Tenz zu Schlutup. Tischlergehülfe Thode. Arbeiter C. W. J. Timmermann. Arbeiter P. H. J. Timmermann. Kolonialwaarenhändler Trost. Aufwärter Lunn. Arbeiter Vermehren. Zimmergeselle Weber. Strophenreiniger Wegner. Arbeiter Wendelborn. Händler Wiberneit. Oberlehrer am Realgymnasium und der Realschule Dr. phil. Wierprecht. Zugschneider Wittenburg. Theatermeister Würz. Maschinist Wulf. Arbeiter Wulf. Schutzmänn J. Gelein. Arbeiter Zierow. Dieselben haben am 1. Juli 1903 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Wagner seinen Schwiegersohn Georg Schaf, mit dem er einen Wortwechsel gehabt hatte.  
 Um Ermordung eines Polizisten. Sonnabend Abend wurde in Steinheim (D.-M. Seidenheim) der anfangs der 30er Jahre stehende, unverheiratete Landjäger Schmid von dem wegen verurteilten Todtschlags und Diebstahls von mehreren Behörden schriftlich verfolgten Tischler und Glaser Fink aus Pforzheim, der sich im Armenhause bei der Mutter einer Dirne verborgen hielt, durch drei Revolverkugeln in den Kopf getödtet. Der Dursche ist entkommen.  
 Montreal (Kanada). Ein Eisenbahnzusammenstoß fand Dienstag Vormittag auf der Brücke über den Great River bei Galt statt. Zwei Wagen stürzten in den Fluß; 4 Leichen wurden gefunden, man nimmt an, daß noch mehrere Personen Verletzungen davongetragen haben.  
 Sidney. Pest? Eine Epidemie, die für Pest gehalten wird, ist unter den Eingeborenen in der Nähe von Bam, Neu-Kaledonien, aufgetreten. Bisher wurden fünfundsüßwanzig Todesfälle gezählt, doch ist noch kein Weisiger betroffen.

**Letzte Nachrichten.**

Stettin. Der Dampferzusammenstoß auf der Oder. Bei der Untersuchung des gesunkenen Dampfers „Terra“ durch Taucher wurden Leichen nicht vorgefunden. Als vermißt und wahrscheinlich ertrunken sind bis jetzt drei Personen gemeldet: Regierungskreisrath Mohr von hier, ein 17jähriger Malerlehrling und ein jähriges Kind.  
 Wiesbaden. Nach Veruntreuung von 30 000 Mark ist der hiesige Vertreter des Ammoncen-Bureaus von Gafenstein u. Vogler, Sewalter, geflüchtet.  
 Straßburg i. G. Erschossen. In einer Wirthschaft zu Mummelshofen erschoss der frühere Jagdhüter

**Stierschanz-Biehmarkt.**

Hamburg, 21. Juli.  
 Der Schweinehandel verlief gut. Zuführt wurden 2380 Stück. Preis: Seugschwein — 111, Verkaufschweine, schwere 51—52 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 40—45 Mk. und Ferkel 48—52 Mk. pro 100 Pfund.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen an  
**L. Rebenstörp** und Frau  
 Lübeck, d. 11. Juli 1903. geb. Dentien.  
**Carl Wittfoot, Hürstraße 18,**  
 empfiehlt Rolltabak von folgenden Firmen:  
 Nordhäuser der Arb.-Genossensch.  
 Nordhäuser v. Grimm & Triebel.  
 Nordhäuser von C. A. Kneiff.  
 Gebr. Ungewitter, Waufried a. W.  
 Saderslebener von Hansen jr.  
 Kopenhagener von Gebr. Brann.  
 Lübecker von Noje & Schweighoffer,  
 nach dänischer Art, sowie  
 Rauchtabak, Zigaretten, Zigaretten.  
**Carl Wittfoot, Hürstraße 18.**  
**Sarg-Magazin**  
 von  
**Georg Behneck**  
 4 Wardenstraße 4 (St. Lorenz).  
 Empfehle mein Lager von fertigen Särgen in allen Größen nach Preislagen bei sofortiger Lieferung zu billigen Preisen.  
 Särge-Kleider u. Wasche in größter Auswahl.  
**Scherm's**  
**Reisehandbuch**  
 für wandernde Arbeiter.  
 — Preis 1.50 Mk. —  
 Verlagsdruck von Fr. Meyer & Co.

**Hansa-Brauerei**  
 Aktiengesellschaft Lübeck.  
 Wir beehren uns hierdurch anzuzeigen, dass wir am 23. Juli ein neues exquisites Bier unter unserer alten bewährten Marke  
**Kapuziner Bräu**  
 zum Ausstoss bringen werden. Dieses neue Gebräu ist aus feinstem **Münchener Salvator-Malz** (gesetzlich geschützte Marke No. 54940) für welches wir das Alleinbezugsrecht für Lübeck und Umgegend erworben haben, sowie allerbestem böhmischen und bayrischen Hopfen, nach Art der Münchener Biere hergestellt.  
 Bestellungen auf diesen gehaltvollen und hervorragend feinen Stoff bitten uns freundlichst umgehend anzugeben, damit wir dieselben prompt zum Versand bringen können.  
 Hochachtungsvoll  
**Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft.**  
 Lübeck, im Juli 1903.  
 Briefkasten: Wartehalle der Strassenbahn, Mühlenthor. Breitestrasse No. 83, Haus Wendt. Burgstrasse No. 7, Haus Jacobsen.  
 Fernsprecher No. 161.

P. P.  
 Einen geschätzten Bekannten von Lübeck und Umgegend mache die ergebene Mitteilung, daß ich am **Donnerstag den 23. Juli** ein  
**Kolonial- u. Fettwaaren-Geschäft**  
 in meinem Hause  
**Bülowstrasse No. 13**  
 eröffne. Ich lade hiermit meine Bekannten bei billigen Preisen nur gute Waare zu und bitte um geschätzten Zuspruch.  
 Hochachtungsvoll  
**Hans Möller.**

Für Konditoreien und Bäckereien  
**harte feste hiesige Butter.**  
**Th. Storm, Königstraße 98. Fernsprecher 473.**

Zu verkaufen ein großer Koffer  
 mit 250. Zu kaufen beim 1. Uhr.  
 Bedenstraße 22, I.  
**Möbelkäufer**  
 empfehle ich  
 mein großes Lager moderner geschmückter  
**Möbel jeder Art.**  
**Folckers Möbel-Magazin**  
 25 Mariesgrube 25.

Empfehle meine  
**Lederhandlung.**  
 Sämtliche Schuhmacher-Artikel  
 zu den billigsten Preisen.  
 Besonders empfehle meine **Seibhl-Modell.**  
 Herren-Schuhe und Stiefel von 2 00 Mk. an.  
 Damen-Schuhe und Stiefel von 1 50 Mk. an.  
 Kinder-S u. Stiefel je nach Größe von 80 Pf. an.  
 Da ich selbst eine Schuhfabrikung habe, bin ich in der Lage, jeder Konstruktion die Spitze zu bieten.  
**R. Schmidt**  
 Grundenstraße 56, n. Subwigstraße.

**Von der internationalen Bibliothek**  
 2. illustrierte Serie  
 empfehlen wir:  
 B. Bommeli, Geschichte der Erde, broschirt 4,40 Mk., eleg. gebd. 5,90 Mk.  
 B. Bommeli, Die Thierwelt, broschirt 5,60 Mk., elegant gebunden 7,10 Mk.  
 B. Bommeli, Die Pflanzenwelt, broschirt 4,00 Mk., eleg. gebunden 5,50 Mk.  
 B. Langkovel, Der Mensch und seine Rasse, broschirt Mk. 4,00, elegant gebunden, 5,50 Mk.  
 Ubrige lehrreichen Werke eignen sich in Prachtband zu Geschenken, besonders für unsere reifere Jugend.  
 Bestellungen sind zu richten an die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
 Johannisstraße 50  
 und an deren Kolporteurs und Ansträger.

Sofort ein junger Knecht.  
 Schlumacherstr. 1.  
**General-Versammlung**  
 der  
**Kranken- u. Sterbekasse**  
**„Amicitia“**  
 (E. S. Nr. 18)  
 am Sonntag den 25. Juli 1903  
 Abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50/51  
 Tages-Ordnung:  
 Abrechnung, Rechnen, Junere Kassangelegenheiten.  
 Der Vorstand.

**Konzerthaus Lübeck**  
 4. Spielplan  
 16. bis 31. Juli 1903.  
 Täglich  
**Mr. Williams,**  
 der Unfehlbare,  
 sowie das  
**Phänomenale Programm.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 NB. Borzugskarten sowie Borverkauftickets haben keine Gültigkeit.

Empfehlen wir den Lesern für den genannten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Artikel „Lübeck und Umgebung“, sowie der mit J. S. geschickten Artikel und Notizen: Otto Friedrich, Hermann-Jäger, Bekannte für die Artikel „Lübeck und Umgebung“, sowie die mit J. S. geschickten Artikel und Notizen: Johannes Seeling, — Verleger: Theodor Schwarz, Druck von Friedr. Meyer & Co. — Schwanenstraße Lübeck.



## Die Arbeiterversicherung im Jahre 1902.

Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich seinen Bericht auf das Jahr 1902 erscheinen lassen. Nachdem nunmehr die Reichstagswahlen vorbei sind, kommen wir auf die Angelegenheit zurück. Im Folgenden wollen wir das Interessanteste aus dem Bericht wiedergeben.

Das Jahr 1902 ist das erste, in dem die letzten Änderungen der Unfallversicherungsgesetze (Reichsgesetze vom 30. Juni 1900) in vollem Umfange in Kraft waren, da bekanntlich erst am 1. Januar 1902 die Unfallversicherungspflicht auf sämtliche gewerbliche Brauereien, auf das gesamte Schlosser-, Schmiede-, Fleischer-, Fensterputzer-, Lagerer-, Expeditions-, u. Gewerbe ausgedehnt wurde. Dadurch hat sich der gesamte Organismus der Unfallversicherung und damit auch der Wirkungsbereich des Reichsversicherungsamtes bedeutend erweitert. Die Zahl sämtlicher Berufsgenossenschaften vermehrte sich auf 115 und die der versicherten Personen auf circa 19 Millionen.

Die im Jahre 1902 verausgabten Entschädigungen (Renten usw.) erhöhten sich um etwa 10 Millionen Mark, auf insgesamt 107 205 573 Mark. Das klingt natürlich imposant; bedenkt man aber, daß diese Unterstützung an 834 866 Personen gewährt wurde, so ist die Leistung immerhin noch recht knapp, denn es kommt auf jede einzelne Person nur der Betrag von 128 Mark jährlich! Die Sozialpolitiker des Reichsversicherungsamtes verstehen es ausgezeichnet, mit großen Zahlen zu blenden, für die Detailarbeit aber scheint ihnen alle Fertigkeit — oder die Lust — abzugehen.

Die Zahl der zur Anmeldung gelangten Unfälle betrug insgesamt 488 706, die der erstmalig entschädigten Unfälle 120 856. Das bedeutet gegen das Vorjahr wiederum eine erhebliche Steigerung, da jedoch diese Ermittlungen nur vorläufige sind, wollen wir uns jeder weiteren Kritik zur Zeit enthalten. Von ausländischer Seite ist die Annäherung einer internationalen vergleichbaren Unfallstatistik in der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und auf dem Internationalen Arbeiterversicherungs-Kongress angeregt worden. Zu einem praktischen Ergebnis haben indes diese Bestrebungen noch nicht geführt. Wir bedauern das lebhaft; sind wir doch der Meinung, daß eine derartige Statistik interessante Fingerzeige für die Gebiete des Arbeiterschutzes und der Unfallverhütung giebt.

Die neuen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der § 12 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, haben den Berufsgenossenschaften die Pflicht auferlegt, die Unfallverhütungsvorschriften abzuändern. Diese Änderungen wurden bei 45 gewerblichen Berufsgenossenschaften durchgeführt. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um Nachträge, Abänderungen von Strafbestimmungen und Vorschriften über die Bekanntgabe der Unfallverhütungsvorschriften. Wir haben nichts gegen präzisere Unfallverhütungsvorschriften einzuwenden, weit mehr Wert aber legen wir auf eine durchgreifende Ueberwachung der Betriebe. Und gerade hierin bleibt noch viel zu wünschen übrig. Bis jetzt haben erst 49 Berufsgenossenschaften technische Aufsichtsbeamte angestellt, deren Zahl insgesamt 134 beträgt. Die Berufsgenossenschaften sind jetzt verpflichtet worden, über die Ueberwachungstätigkeit dem Reichsversicherungsamt alljährlich Bericht zu erstatten. Hoffentlich wird durch diese lobenswerte Einrichtung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Besonders zu wünschen wäre hierbei noch, daß den technischen Aufsichtsbeamten Nebenarbeit, wie Prüfung der Lohnnachweisungen usw., abgenommen wird.

Auf die wiederholt, namentlich auch im Reichstag zur Sprache gebrachten Beschwerden darüber, daß den Verletzungen der ärztlichen Sachverständigen über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenerwerbers mitunter ein zu

weit gehender Einfluß eingeräumt werde, hat das Reichsversicherungsamt an die Vorstände der Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten ein Rundschreiben erlassen, in dem auf die früheren vom Reichsversicherungsamt festgestellten Grundsätze von neuem hingewiesen und die Aufmerksamkeit der Feststellungsorgane auf einige neue Gesichtspunkte gelenkt.

Zu den weiteren neuen Aufgaben, die dem Reichsversicherungsamt zugewiesen worden sind, gehört auch noch § 125 des abgeänderten Gewerbeunfallversicherungsgesetzes, die Aufsicht über die von Berufsgenossenschaften errichteten und unterhaltenen Heilanstalten, die im Volksmunde den Namen Rentenquetschen führen. Das Reichsversicherungsamt hat vernünftigerweise unter solchen „unterhaltenen“ Anstalten auch solche verstanden, die zwar nicht das Eigentum von Berufsgenossenschaften sind, aber in ihrer eigenen Verwaltung stehen, die aber mit der Behandlung von Unfallverletzten, die ihnen von Berufsgenossenschaften zugewiesen werden, sich befassen. In Ausübung dieser Aufsichtsbefugnis sind im Berichtsjahre eine Anzahl Unfallkrankenhäuser einer Revision unterzogen worden. In allen diesen Fällen sind auf Grund der bezeichneten Gesetzesbestimmung Vertreter der Berufsgenossenschaften und der Arbeiter zugezogen worden, eine Maßnahme, die sich nach den bisherigen Erfahrungen durchaus bewährt hat. Die bei den Revisionen vorgefundenen Mängel in der Einrichtung und in der Verwaltung der Anstalten wurden regelmäßig im Einvernehmen mit den zur Besichtigung zugezogenen Vertretern beider Gruppen festgestellt und ihre Beseitigung in die Wege geleitet.

In nach Tausenden zählenden Fällen haben sich Versicherer an das Reichsversicherungsamt gewandt in Angelegenheiten, in denen das Amt gar nicht zuständig war oder haben Rath und Auskunft gewünscht. Das Amt hat es angeblich an der nötigen Belehrung nicht fehlen lassen. Auch aus dem Gebiete der Krankenversicherung gelangten wiederum zahlreiche Eingaben an das Reichsversicherungsamt, doch mußte deren Erledigung abgelehnt werden, da leider das Amt hierzu noch immer unzuständig ist.

Die nach § 113 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes von den Ausschüssen der Versicherungsanstalten vorzunehmenden Wahlen der Vertreter der Arbeiter (zur Begutachtung der Unfallverhütungsvorschriften usw.) haben im Laufe des Berichtsjahres stattgefunden. Zu wählen waren insgesamt für 60 gewerbliche Berufsgenossenschaften 2126 Arbeitervertreter und 4225 Erasmänner. Die Gewählten sind indes nur in seltenen Fällen bisher in Funktion getreten.

Die übermäßigen Klagen der Agrarier über die „Lasten“ der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sind vom Reichsversicherungsamt zum Gegenstand besonderer Erhebungen gemacht worden. Hierbei wurde festgestellt, daß im Jahre 1901 die durchschnittlichen Beiträge der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nur 1,46 des Lohnes betragen!

Besonders sei noch erwähnt, daß die Baugewerks-Berufsgenossenschaften einen schweren Kampf gegen die Wertspekulation zu führen hatten. Durch eine freiere, den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte Auslegung des Begriffs „Bauherr“ hat das Reichsversicherungsamt den Kampf ganz wesentlich unterstützt.

Der Rest des Berichtes behandelt noch die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes. Hierbei wird besonders hervorgehoben, daß sich das Amt in besonders großem Maße mit der Auslegung der Vorschriften der neuen Unfallversicherungsgesetze zu befassen hatte. Im Jahre 1902 wurden auf Grund aller Unfallversicherungsgesetze insgesamt 317 330 berufsunfähige Bescheide erlassen. Von diesen wurden bei den 123 Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung 56 014 angefochten. Somit kommen auf 100 berufsunfähige Bescheide 17,5 Berufungen. Die Schiedsgerichtsentscheidungen wurden in 14 107 Fällen beim Reichsversicherungsamt angefochten, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von 13 Proz. be-

deutet. Das Reichsversicherungsamt änderte 3404 (das sind 29 Proz.) der Schiedsgerichtsentscheidungen ab. Der Bericht offenbart in seiner Gesamtheit zweifellos ein gewaltiges Stück (nach unserer Ansicht zum Theil zu umständlicher) Arbeit.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Maurer von Adolfszell sind in einen Kampf für Verkürzung ihrer Arbeitszeit eingetreten. Dieselbe betrug bisher elf Stunden, der Lohn 32—35 Pf. Die Maurer fordern nun bei gleichem Lohn eine Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden. — In Genf sind Montag sämtliche Maurer und Handlanger in Streit getreten.

**Vom Polizeikampf gegen das Arbeiterrecht.** Das Schöffengericht in Berlin verhandelte am Freitag gegen neun streikende Metallarbeiter, die sich wegen Verletzung und Beleidigung Arbeitswilliger zu verantworten hatten. Das Ergebnis der Verhandlung war die Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

**Im Zentralverein der Formstecher,** der im nächsten Monate seine diesjährige Generalversammlung in Hamburg abhält, macht sich jetzt eine starke Bewegung bemerkbar, die auf Einführung eines allgemeinen Tarifvertrages hindrängt. Die Formstecher halten eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern für besonders zweckmäßig, weil die in diesem Berufe überaus weit verbreitete Heimarbeit die Arbeitsverhältnisse immer mehr verschlechtert.

**Die Wurmkrantheit** nimmt nach Angabe des Hochmurer „Vollblatt“ einen immer hartnäckigeren Charakter an. Das einzige Mittel zur Abreibung der Schwarzer, die großen schwarzen Willen, deren stärkster Theil von einem Farrkraut gewonnen wird, versagt in vielen Fällen. Es giebt Kranke, die schon an vierzig solcher Willen genommen haben, wovon manchmal einige genügen, um den Bandwurm abzutreiben, und doch werden sie ihre Würmer nicht los. Bergleute, die nach der ersten Kur für wurmfrei und arbeitsfähig erklärt wurden, mußten schon nach 14 Tagen als wurmbesetzt wieder das Krankenhaus aufsuchen; sie sind heute den Wurm noch nicht los. Die durch das Abreibungsmittel künstlich hervorgerufene Diarrhoe bringt die Kranken furchtbar herunter und benimmt ihnen den Appetit zum Essen. Sie sind schließlich gezwungen, die Kur auszusetzen, wenn sie sich nicht ganz zu Grunde richten wollen. Was bleibt den Armen aber nun übrig? Solange sie wurmbesetzt sind, haben sie keine Aussicht, wieder in irgend ein Arbeitsverhältnis treten zu können. Der Krankheitslauf läuft in spätestens einem halben Jahre ab und dann müssen die Leute schließlich um Pensionierung nachsuchen. Wie sich die zum Theil noch im jugendlichen oder besten Mannesalter stehenden Leute mit ihrer kümmerlichen Pension durchschlagen, danach fragt dann kein Mensch. Ein Theil solcher Erkrankten ist überhaupt nicht pensionsberechtigt.

**Vom staatlichen Musterbetrieb.** Im „Bedruf“ der Eisenbahner wird ein aus Straßburg datirter, aus dem Jahre 1901 stammender Erlaß „an sämtliche Werkstätten- und Maschinen-Inspektionen“ abgedruckt, worin es heißt: „In den letzten Jahren hat sich ein stetiges Steigen der Verdienste der Werkstättenarbeiter herausgebildet, dem unter allen Umständen gesteuert werden muß. In der Anlage geben wir eine Zusammenstellung der für die einzelnen Arbeiterklassen, wie sie in dem monatlich vorzuliegenden Bericht über den Werkstättenbetrieb zur Erscheinung kommen, höchstzulässigen für den zehntägigen Arbeitstag festgestellten Durchschnittsverdienste. Eine Ueberschreitung dieser Sätze muß, soweit sie noch nicht stattgefunden hat, unter allen Umständen vermieden werden. Wegen Vermeidung von Härten gegenüber den in höheren Verdiensten stehenden Arbeitern bei Zurückführung der Durchschnittsverdienste auf diese Sätze, soweit eine Ueberschreitung bereits stattgefunden hat, verweisen

## Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäder.

70. Fortsetzung.

„Rebe,“ sagte Pfeffer, sowie dieser das Zimmer betrat, indem er ihn bei einem Knopf erwischte, „Sie sind ein verfluchter Kerl. Sie haben sich gestern Abend vortrefflich herausgebissen, und wenn Sie auch wirklich nicht in Passburg bleiben, was aber doch vielleicht der Fall ist, so werden Sie Ihr Glück auf jeder Bühne machen.“

„Herr Pfeffer, Sie glauben gar nicht, wie ich mich freue...“

„Ist auch gar nicht nötig,“ unterbrach ihn Pfeffer, „ich wollte Ihnen auch nur sagen, daß es mir leid thut, früher grob gegen Sie gewesen zu sein; aber Sie dürfen es mir auch nicht übel nehmen, denn was für ein trauriges Exemplar der menschlichen Gesellschaft ein schlechter Schauspieler ist, wissen Sie wahrscheinlich besser, als ich es Ihnen sagen könnte.“

„Aber, Fürchtgott, so laß uns auch einmal zu Worte kommen,“ bat die Frau, welche heute aber viel wöhrer schien, als sie bis jetzt gewesen. Ihre Wangen hatten ordentlich etwas Farbe bekommen und ein liebes, freundliches Lächeln spielte um ihre Lippen.

„Bin schon fertig,“ brummte Pfeffer; „s ist doch merkwürdig, daß Frauen nie leiden können, wenn ein Anderer spricht.“

„Mein lieber Herr Rebe,“ sagte Henriettens Mutter, dem jungen Mann die abgemerkte Hand entgegenstreckend, „es hat uns Alle recht herzlich gefreut, als wir Ihren gestrigen Erfolg gehört; Gott wird Sie ja weiter führen und noch Alles zum Guten lenken.“

„Meine liebe, verehrte Frau,“ rief Rebe bewegt, „seien Sie versichert, daß ich alles in meinen Kräften Stehende thun

werde, um weiter zu kommen, und schon daß ich Ihnen dies sagen darf, ist mir ein großer Trost.“

„Er sticht,“ meinte Pfeffer.

„Und Jettchen?“ sagte Rebe leise, indem er seine Hand gegen sie ausstreckte.

„Ich habe es fest geglaubt, daß Sie Ihr Ziel erreichen würden,“ flüsterte das junge Mädchen, das wie mit Purpur übergoßen da stand, indem es die dargebotene Hand schüchtern nahm.

„Na, dann ist die Geschichte ja abgemacht,“ rief Pfeffer, „und viel besser, als ich gedacht habe, denn ich hatte mich schon wieder vor einer Ueberschwemmung gefürchtet. Aber wo willst Du denn hin, Jeremias?“

„Bin gleich wieder da, warte nur einen Augenblick,“ rief der kleine Mann. Er hatte bis jetzt an der Thür gestanden und ein paar Mal hinausgeschaut. Jetzt kam Jemand die Treppe herauf, und wenige Minuten später kehrte Jettchen's Vater mit einer Flasche Champagner unter jedem Arm zurück, die er unbedingt unterwegs bestellt haben mußte.

„So,“ rief er, „und nun trinken wir vor allen Dingen erst einmal die Gesundheit des neuen Liebhabers — und Guste auch mit.“

„Aber darf ich Wein trinken?“

„Du? Erst recht, daß Du wieder zu Kräften kommst,“ rief Pfeffer. „Der Rebe scheint überhaupt auch, wie er bis jetzt ein heimlicher erster Liebhaber war, ein heimlicher erster Doktor zu sein, denn die Geschichte von gestern Abend hat sich mehr auf den Strumpf gebracht, als bisher alle Medizinflaschen. Apropos, Rebe, haben Sie den Direktor schon gesprochen?“

„Ich erhielt vor einer halben Stunde einen Brief von ihm, worin er mich bittet, um zwölf Uhr auf das Bureau zu kommen.“

„Bittet — so? Haben Sie ihn bei sich?“

„Hier ist er.“

„Daffen Sie einmal sehen. Mein lieber Herr Rebe!“

Wie der Gump freundlich sein kann, wenn's ihm auf den Nägeln brennt. Sie würden mich sehr verbinden, wenn Sie mich um zwölf Uhr heute Morgen auf meinem Bureau besuchen wollten. Ich habe Ihnen eine erfreuliche Mitteilung zu machen. Glaub' ich ihm, dem Gump! „Ihr ganz ergebenster Krüger, Direktor.“ „s ist unglaublich,“ rief Pfeffer, mit der Hand in den Brief schlagend, „und wie schreibt er sonst!“

„Aber, Dunkel,“ sagte Jettchen, „Herr Rebe ist ja doch nicht mehr bei ihm engagirt!“

„Ach was da, er hätte mal gestern nicht sollen den Hamlet spielen und heute Morgen Herrn Direktor Krüger um eine Unterredung gebeten haben, möchte sehen, wie der Brief gelautet haben würde! Aber wie viel Uhr ist's jetzt?“

„Halb Zwölf.“

„Also nun erst anstoßen auf das Wohl unseres ersten jugendlichen Liebhabers,“ rief Jeremias und ließ in dem nämlichen Augenblick einen Propfen knallen, als ein scharfer Schrei in der Thür ausgehoben wurde.

„Oh, mein Gott, haben Sie mich erschreckt!“ rief Henriettens Mutter, die auf der Schwelle stand.

„Ob die nicht jedesmal zum rechten Moment kommt,“ rief Pfeffer lachend; „na, her, Alte — noch ein Glas, Jettchen!“

„Alte? Fürchtgott, ich verbitte mir Deine Grobheiten! Aber, mein lieber Herr Rebe, Sie haben uns Alle gestern Abend...“

„Die Geschichte ist lange abgemacht,“ rief Pfeffer, ihren Arm fassend und sie auf einen Stuhl ziehend.

„Aber ich darf doch...“

„Champagner trinken, gewiß; da stoß mit Horatius an, denn er muß fort, um ein neues Engagement abzuschließen.“

„Also wirklich?“ rief Henriettens Mutter entzückt. „Oh, da gratulire ich von ganzem Herzen!“

„Und Rebe soll leben, vivat hoch!“ rief Pfeffer.



wir auf unsere Verfügung vom 18 Juli d. J. — A 12388. Schließlich bemerken wir noch, daß die in der Anlage aufgeführten Durchschnittssätze für die in theneren Orten und in Mittelpunkten der Industrie beschäftigten Arbeiter berechnet sind, daß diese Sätze also in Gegenden mit billigeren Arbeitsbedingungen noch ermäßigt werden müssen.“ — Der Erlaß ist zwar schon älteren Datums, aber was macht's! Erlasse, die 30 Jahre und noch älter sind, haben heute noch Gültigkeit und werden in passenden Fällen angewendet. Dieser Erlaß bestätigt das, was der Minister Hubbe auf seiner Informationsreise durch Elsaß-Lothringen zu den Werkstättenarbeitern sagte: „Wir müssen Rücksicht nehmen auf die Fabrikanten usw.“

**Ein bemerkenswertes Urteil.** Der Belvetfabrikant G. Klemm zu Neersen hatte einen neuen Trick erfunden, um seine Kaffe schneller zu füllen. Während er früher sämtliche Strafgebelde, die er seinen Arbeitern für Zuspätkommen in Abzug brachte, gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung, der Betriebskrankenkasse überwies, hatte er später seiner Arbeitsordnung einen Nachtrag angehängt, in dem es heißt, daß er berechtigt sei, diese Strafgebelde als Schadenersatz zu betrachten und seiner Kaffe einzuverleihen. Vom Gewerbeamt wurde die Sache zur Anzeige gebracht worden und Klemm wurde vom Schöffengericht zu vier Jahren wegen Vergehens gegen § 134 der Gewerbeordnung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich hier nicht um Schadenersatz handle, sondern um Ordnungsstrafen. Klemm, nebenbei bemerkt, einer der größten Industriellen des Niederrheins, legte gegen das Urteil Berufung ein und wurde tatsächlich dieser Tage von der Strafkammer zu Freisfeld freigesprochen. Im Urteil heißt es, daß es dem Unternehmer frei stehe, solche Verträge, wie den in Betracht kommenden, abzuschließen; sei dem Arbeiter der ihm abgezogene Betrag zu hoch, so könne er beim Gewerbeamt Klagen; ein Vergehen gegen § 134 der Gewerbeordnung liege absolut nicht vor. Hoffentlich muß sich noch eine höhere Instanz mit dem Urteil, das der bisherigen Praxis vollständig entgegensteht, befassen.

**Unter den deutschen Spitzen- und Gardinenwebern,** die noch zum größten Theile nicht organisiert sind, macht sich eine von den Leipziger Spitzenwebern angeregte Bewegung geltend, die den Anschlag an den Textilarbeiterverband erkräftigt. Da in den letzten Jahren durch eine ganz besonders starke Währungssteigerung recht ungünstige Arbeits- und Lohnverhältnisse geschaffen wurden, sucht man durch Zusammenschluß eine weitere Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zu verhindern. Die Spitzen- und Gardinenweber wollen eine besondere Berufsgruppe im Textilarbeiterverband bilden. Die Spitzenweber in Leipzig haben bereits einen besonderen Unterstützungsfonds geschaffen. Eine später zu berufende Konferenz der Berufscollegen soll die weiteren Schritte beraten.

**Ein genossenschaftliches Hotel.** Die sozialistische Konsumgenossenschaft von Döfede, dem internationalen belgischen Arbeiter, hat nunmehr das geplante Hotel eröffnet. Dasselbe enthält 33 Zimmer mit 62 Betten, die Küche ist zur Herstellung von Speisen für 300 Personen eingerichtet. Dessen entspricht auch der Speiseaal. Mit dem Hotel verbunden ist ein Café und auf der einen Seite des Parkes sind die Ferienwohnungen der Konsumgenossenschaft untergebracht. Der Preis für Wohnung inkl. Pension wird mit 3,50 Fr. pro Tag berechnet, Kinder zahlen den halben Preis. Das Hotel steht jedermann offen, aber Mitglieder der sozialistischen Partei, vor allem die Arbeiter, denen es nicht sehr oft vergönnt ist, sich den Anreizfall in einem Seebad zu leisten, haben den Vorrang. Dieser Gasthof soll nicht den Charakter einer Herberge bekommen, aber auch der Saison nicht das Haus der zahlreicheren Arbeiter, die um diese Zeit gewöhnlich an den arbeitsreichen Hafenarbeiten herangezogen werden, zu ganz mäßigen Preisen zur Verfügung.

**Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands,** der nach dem Beschluß des Münchener Parteitages in Dresden abgehalten wird, findet, wie die „Sozialistische Tageszeitung“ erzählt, in der Woche vom 20. bis 27. September statt.

## Aus Nah und Fern.

**Die Verleumdung des Herrn Affessor.** Ja der wappentragende Gattungsname ist. Nicht vergeblich.

Herr Affessor war überhaupt in einer überaus aufgeregten Stimmung, litt aber trotzdem nicht, daß Rebe über eine Minute seiner Zeit blieb, damit er den Direktor nicht warten ließ. Das schloß sich nicht für einen jungen Knappen, wie er meinte. Er machte aber vorübergehend, um gleich wieder das Hauptamt anzunehmen, und dann wieder er ihm, daß der Herr Affessor den Kopf nach hinten umwerfen konnte.

Rebe fand den Direktor in seinem Bureau mit auf dem Rücken gelegten Händen auf und ab gehend.

„Herr Affessor,“ rief er und fachte ihm die Hand entgegen, „es freut mich außerordentlich, daß Sie meinen Besuch so freundlich aufnehmen; aber Müdigkeit ist ja doch Ihre Krankheit, Sie werden mir das Jagdgeschloß geben, daß ich hier ruhig schlafen kann.“

„Ne, ganz nicht, mein Herr Affessor! Sie hierher immer zu kommen, aber nicht, wenn Sie nicht Lust haben.“

Rebe legte sich und machte dem Direktor an, daß er sich in irgend einer Beziehung befindet. Er schien wirklich nicht recht zu wissen, wie er beginnen sollte, und riefte unruhig auf seinen Stuhl hin und her.

„Nun, wie haben Sie diese Nacht geschlafen?“ begann er endlich. „Nicht mehr, wunderbar! Doch es ist nur ein Zufall, ich bin heute wieder sehr müde.“ „Nicht wahr, wunderbar! Doch es ist nur ein Zufall, ich bin heute wieder sehr müde.“

„Sie sind so müde?“ „Ja, Sie wissen, ich bin müde; ein Theaterbesuch hat mich sehr müde gemacht. In Leipzig haben Sie mich nicht gesehen, wegen Ihres Streichs mit Herr Affessor?“ „Ich war nicht in Leipzig, das ist kein Wunder.“

den Tagesgespräch, dessen Wichtigkeit der „Einger Btg.“ ausdrücklich vermerkt worden ist. In dem Offizierskasino zu A. verkehrten auch Zivilpersonen, Bekannte und Freunde der Offiziere. Zu diesen Zivilpersonen gehört der Affessor J. Eines Abends war der Herr Affessor wieder im Kasino; neben ihm saß Hauptmann Y. Der Herr Affessor trank ein Glaschen nach dem anderen und verspürte schließlich den Wunsch nach einem Lokalwechsel, denn er hatte mit einigen Freunden eine Kneipe verabredet. Der Affessor, ein Riese von Gestalt und Körperbau, erhob sich und rief: „Herr Sergeant (Verwalter des Kasinos), was habe ich zu zahlen?“ Der Herr Sergeant begab sich zum Schankstisch, wo die verschiedenen Vorleistungen gewissenhaft gemacht werden, kam zurück und sagte: „Der Herr Affessor haben 46 Schnitt Bier getrunken.“ Der Affessor zahlte und verabschiedete sich, um in die andere Kneipe zu gehen. Kaum hatte er die Thür hinter sich zugemacht, da sprang der Hauptmann erregt auf. „Herr Sergeant, wie können Sie sich unterstellen, dem Herrn Affessor soviel Geld abzunehmen? Ich werde Sie dafür zur Rechenschaft ziehen.“ „Eatschuldigen Herr Hauptmann, der Herr Affessor haben soviel Bier getrunken.“ „Das ist ganz unmöglich; ich werde die Sache untersuchen.“ Der Herr Hauptmann ertheilte den Befehl, ihn sofort rufen zu lassen, wenn der Herr Affessor wieder im Kasino erscheinen würde. Das geschah nach drei Tagen. Der Hauptmann nahm seinen Platz neben dem Affessor. Jedesmal, wenn der Affessor ein neues Glas Bier bekam, machte der Hauptmann in verhöflicher Weise einen Strich auf seine Manschette. Der Affessor hatte das übliche Plauderstündchen abgeseht. Wieder rief er: „Herr Sergeant, was habe ich zu zahlen?“ Prompt erfolgt die Antwort: „Der Herr Affessor haben 53 Schnitt Bier getrunken.“ Als der Affessor das Geld geräumt hatte, nahm der Hauptmann die bemalte Manschette zur Hand und zählte. Er zählte zum zweiten Male, und dann setzte er sich den Kneifer auf die Nase und zählte zum dritten Male. Nun stand der Hauptmann auf, ging auf den Sergeanten zu, reichte ihm die Hand und sagte: „Herr Sergeant, ich habe Ihnen neuerlich unrecht gethan; was ich damals gesagt habe, nehme ich hiermit zurück. Zu meiner Entschuldigung muß ich allerdings bemerken, daß mir ein Mann, der soviel saufen kann, noch nicht vorgekommen ist.“

**Durch tolle oder tollwuthverdächtige Thiere** sind nach einer im Kultusministerium gemachten Zusammenstellung im Jahre 1902 in ganz Preußen 250 Fälle von Verletzungen amlich festgestellt worden; es wurden 174 männliche und 76 weibliche Personen verletzt und zwar in einem Falle durch einen Menschen und in 170 Fällen durch Thiere (159 Hunde, drei Katzen, fünf Rinder, zwei Pferde, ein Schaf). Von den 250 Verletzten unterwarfen sich 227 = 90,8 v. H. der Schutzimpfung nach Pasteur im Institut für Infektionskrankheiten zu Berlin. Von den Geimpften starben 13 v. H. an Tollwuth, von den Nichtgeimpften dagegen 13,08 v. H. Auch diese Statistik zeigt wieder, daß Verletzungen des Gesichtes und der Hände besonders gefährlich sind. In zwei Fällen hat sogar die bloße Begehrung durch tollwuthige Thiere zur Erkrankung geführt. Die Regierung veröffentlicht diese Statistik mit der wiederholten Anweisung an die Behörden, selbst bei leichten Verletzungen durch tollwuthverdächtige Thiere schleunigst für ärztliche Behandlung Sorge zu tragen. Sie erinnert dabei zugleich an die früher erlassenen Vorschriften betreffend genaue Angabe der Verletzungen, Uebertragung des Gesichtes und verlängerten Marks des obdurirten Thieres per Eilpost an das Institut für Infektionskrankheiten zu Berlin usw.

**Wie man in Paris wohnt.** Die französische Hauptstadt besitzt 79 742 Häuser, deren Beschaffenheit in gesundheitlicher Beziehung neuerdings einer gründlichen Untersuchung gewürdigt worden ist. Danach sind nur 47 716 Häuser, also noch nicht einmal drei Fünftel, als einwandfrei befunden worden, während der Rest von 32 026 entweder als zweifelhaft oder direkt schädlich bezeichnet werden mußte. Von der genannten Gesamtzahl sind 59 959, also drei Viertel, mit Brunnenwasser versorgt, 11 050 mit Quell- und Flußwasser, und nur 23 252 besitzen moderne sanitäre Einrichtungen in der Zufuhr und im Gebrauch des Wassers. Die Belohnung wird in 1651 Häusern durch Elektrizität, in 57 740 durch Gas und in 17 351 durch Del oder Petroleum bewirkt. Die Zahl der mit Fahrhühnen versehenen Häuser beläuft sich auf 2224.

**Die höchsten Bäume der Welt** besitzt Australien.

„Es ist die bodenloseste Unanständigkeit, die mir je im Leben vorgekommen; sie ist eigentlich undenkbar, lässlich grobartig, und er hat mich dadurch in die jähzornigste Verlegenheit gerückt.“

Rebe schrie. Er war fest entschlossen, sich nicht anzutragen, nach Direktor Krüger war durch den Anruf in eine Sedition gerathen.

„Ja, jähzornigste Verlegenheit“, fuhr er nach einer etwas zu langen Pause fort, „aus der Sie uns allerdings für gestern Abend durch Ihr köstliches Einbringen gerissen. Aber was jetzt weiter? Haben Sie sich schon wieder ergarigt, Herr Rebe?“

Rebe schloß. „Sie wissen wohl, Herr Direktor, daß die Zeit dazu doch etwas zu kurz gewesen wäre.“

„Ja, ja, und — hätten Sie Lust, an unserer Bühne noch ein paar Versuche zu machen?“

„Kein Engagement ist mit dem heutigen Tage abgeschlossen. Sie waren auf Gastrollen?“

„Ja, ja, und — wenn auch —.“ Der Direktor riefte wieder hervor. Er hatte jedenfalls etwas, und Rebe konnte sich nicht denken, was es sein möchte. „Hören Sie, Herr Rebe“, sagte er endlich heraus; „es kann nichts helfen, ich muß aufrichtig mit Ihnen reden, denn das Drumherumgehen ist keine Sache.“

„Und ist das bei mir möglich, Herr Direktor?“

„Ich will Ihnen etwas sagen“, fuhr Krüger entschlossen fort. „Sie wissen, daß Sie gestern dem Publikum anzusehen gefallen haben; es hat Ihnen denn jeden Beweis gegeben. Auch der Erfolg war entsetzt von Ihrem Spiel. Das will aber Alles noch nichts sagen, denn allen Respekt vor seiner Kränklichkeit habe ich, aber ein Urteil in solchen Dingen haben die Herren sehr selten. Die Hauptsache jedoch bleibt die, Sie haben mir gefallen, Herr Rebe, Sie haben mich hingerissen, die Thronen sind mit allem Eifer in die

Es sind zwei neuholländische Eukalypten, von denen „Dafel Samuel“, der erstere, 122 Meter Höhe und 12 50 Meter Umfang hat und „Big Ben“, der zweite, eine Höhe von 128 Meter und einen Umfang von 17 Meter aufweist. Beide Riesebäume stehen im Walde von Fernshaw, der sich zwischen Melbourne und Sidney hinzieht.

## Standesamtliche Nachrichten

vom 12. bis 18. Juli 1903.

### Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.  
6. Juli. Maurer J. F. W. Böttcher. 8. Bauunternehmer A. G. Henden. 9. Musikinstrumentenhandeler J. F. B. G. W. Eggert. 10. Kaufmann C. H. L. Nehm. Arbeiter J. F. G. Schröder. Arbeiter J. G. C. Wulf. Diener C. F. G. Blath. 11. Gärtner A. G. Kömer (Borm.) Malerinstr. C. A. M. Schulz. 12. Kaufmann C. F. J. Duve. Bäcker C. G. J. Treppau. Schmied J. G. C. H. G. Schumann. Schriftsetzer C. L. F. Becker. 13. Arbeiter W. A. F. Behrens. Arbeiter J. F. G. Büstow. Arbeiter G. J. Schell. 14. Brenner G. F. G. C. N. Richards. 16. Stuhlsetzer J. A. G. Friedrich. Schriftsetzer K. G. A. Krohn. Schlosser C. J. F. Wid.

### b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

4. Juli. Fuhrmann J. F. Wiele. 8. Gelbgießer W. F. C. Horns. 9. Schuhmann W. F. Th. Wendt. Brodhändler J. F. G. Raben. Arbeiter W. G. Th. Mett. Lokomotivheizer J. W. G. Steffens. 10. Regierungsrath Dr. jur. C. G. Blessing. Kaufmann C. B. J. Jacobsen. 11. Feuerwehmann W. A. Nebel. Arbeiter J. G. G. Wendland. Arbeiter C. A. Franzen. 12. Werkmeister C. G. G. Schmidt. Brauer C. G. A. Sauer. Kutscher J. G. J. Denker. Tischlermeister J. G. G. Bagt. 13. Fabrikarbeiter G. L. E. F. Winter. 15. Seemann J. G. F. Peters. Kutscher C. G. D. Biebow. 16. Kaufmann C. F. G. Berlien. Tischler C. F. Burzlaff. 17. Bäcker G. L. E. Eggers.

### Sterbefälle.

11. Juli. Zigarrenarbeiter J. F. G. Lau, 76 J. 12. G. W. G. Bölder, 2 M. Holländer J. G. W. Wilden, 44 J. 13. G. G. M. geb. Bruhns, Wittve des Arbeiters J. B. G. Wilms, 72 J. A. F. W. Bogelgang, 1 M. A. G. J. G. Bollstedt, 5 M. 14. J. A. C. Oldorf, 6 J. Arbeiter J. F. G. Müller, 55 J. J. F. G. Maret, 73 J. 15. Früherer Schmied J. A. F. Gader (auch Gader) 63 J. J. A. W. Puttkarten, 27 J. W. Haase, 57 J. Karoline A. F. M. Maas, 27 J. Eisenbahn-Güterexpedition-Assistent J. F. G. Kalmann, 52 J. M. A. geb. Holländer, Ehefrau des Tabakspinners C. G. Th. Goers, 75 J. 16. W. A. M. geb. Spehmann, Ehefr. des Schuhmachermstrs. K. F. Straubing, 35 J. G. J. P. Jönsson, 1 J. 5 M. G. D. B. K. Holt, 3 M. 17. Hofschlichter A. M. F. A. Dieckhoff, 54 J. A. G. M. Baad, 8 J. 18. Chr. M. M. geb. Steffen, Wittve des Schiffszimmermannes J. A. Chr. Grabner, 79 J. Eisenbahn-Bureauexpedient G. G. Füllig, 41 J.

### Angenommene Aufgebote.

13. Juli. Kaufmann A. Caspary zu Hamburg und A. Lyckenheim. Procurist G. A. Boy und W. J. M. C. Krellenberg. 14. Postbote G. Chr. G. Wehrend und D. Chr. M. Böbs zu Doendorf. Stragenreiner G. F. Wade und L. S. L. Scheel. 15. Arbeiter W. F. Chr. Wegner und A. W. Müller. Gärtner J. G. Chr. D. Reshöft und L. A. B. Strund. Landbriestäger A. H. G. Burmeister zu Idesele und A. C. D. Nupnau zu Rothenshausen. 16. Kutscher G. G. B. W. Gafau und A. G. M. Meyer. Tischler W. Th. G. Minner und Chr. M. D. E. Schaper. Arbeiter W. C. F. Rohde und G. M. A. Geel genannt Kreuzfeld. Sägemeister A. Chr. F. Petersen und Wittve Chr. W. M. Schumann geb. Dahm. Tischler J. G. F. Lange und G. J. D. Cunis. Arbeiter A. J. G. Ridmann und J. J. M. C. Lehmann. 17. Schmied J. A. F. Carsten und G. S. M. Kaping zu Blankenlee. 18. Feilenhauer A. J. Krüger und A. J. Bauer, beide zu Zell. Steinsetzer K. P. A. Wolf und A. A. W. Frymark, beide zu Rostock.

### Chefsitzungen.

14. Bureauassistent P. G. W. Schröder und D. M. J. Schadow. Arbeiter A. G. D. Zell und G. M. M. Denker. Kaufmann J. F. A. L. G. Möller zu Altona und G. E. M. A. Martens. Geschäftsführer J. G. F. Jönsson zu Rostock und A. G. C. Medenhäuser. 16. Kaufmann J. Chr. G. Cowalstj und Chr. E. Fedderßen zu Wandsbeck. 17. Kanflist am Allgemeinen Krankenhaus J. G. W. Weeg und J. G. C. Spahrber. Arbeiter C. G. Fiedler und A. L. G. M. Kalbau. Tischler F. G. G. Holz und J. A. G. Gewohn. 18. Schneider C. G. F. Möller und A. M. E. Silbebrandt. Maurer C. W. C. Kuhlmann und G. M. G. S. Radloff. Arbeiter J. Orzeda und A. C. M. Mündt. Arbeiter C. A. D. Derlien und F. G. Chr. Lemple. Arbeiter J. G. W. Frank und W. L. M. Benthien.

Augen gekommen, was mir, so lange ich fast denken kann und denken mag, nicht passiert ist, und gestern Abend, ja noch heute Morgen bis etwa vor einer Stunde, war ich fest entschlossen, Sie unter jeder nur einigermaßen annehmbaren Bedingung an unsere Bühne zu stellen.“

„Und jetzt?“ sagte Rebe erwartungsvoll.

„Da bekam ich“, fuhr der Direktor fort, „vor etwa einer halben Stunde den Wisch da.“ Und er zeigte auf einen neben Rebe auf dem Tisch liegenden Brief. „Lesen Sie.“

Rebe nahm den Brief und las ihn laut:

„Mein lieber Herr Direktor! Ich möchte keine Zeit verlieren, Sie wohlmeinend vor einem voreiligen Schritt zu warnen. Rebe hat gestern Abend den Hamlet gespielt, und das Publikum, dadurch bestochen, daß er eine so große Rolle so rasch übernehmen konnte, war artig genug, ihn für die Gefälligkeit zu honorieren. Die Gegenwart des Erbprinzen trug dazu bei, die Leute etwas aufzuregen. Ich selber hatte eine Etage für Pandor besorgt, die aus mißverstandenen Dienstfeiern das auf seinen angeblich Nachfolger übertrug, und für den Abend war das gut. Lassen Sie sich aber um Gottes Willen nicht verleiten, dem unglücklichen Menschen auch nur noch eine Rolle anzuvertrauen. Er hat auch nicht die Spur von Talent, und ich werde ihm und dem Publikum das in meiner morgen erscheinenden Rezension beweisen. Danken Sie Gott, daß Sie ihn los sind, denn Sie dürfen das Publikum gar nicht so ins Gesicht schlagen, ihm ein Subjekt wie diesen jungen Anfänger für einen Künstler einzuschreiben. Aber meine Furcht ist gewiß grundlos. Sie denken wahrscheinlich ebenso wenig daran, wie ich es hoffe. Nur das Interesse für unser Institut konnte mich bewegen, diese Zeilen an Sie zu richten.“

Hochachtungsvoll Ihr ergebenster

Fredor Strohwiß.“

(Fortsetzung folgt.)